

# Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditio...  
Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditio...  
Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditio...

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Telefon-Anschlüsse Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Ronto Postfach-Nr. 5552  
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien...  
Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien...  
Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien...

Unentgeltlich eingelassene Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

# Vorläufig keine Steuerfentung

## Moldenhauer über die Reichskassenlage — Das Sündholzmonopol Die Sündholzanleihe unentbehrlich

Berlin, 27. Januar. (Eig. Bericht.)  
Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die letzte Beratung des Sündwarenmonopolgesetzes.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer  
Die Sündwarenindustrie sei in ihrem Bestande gefährdet...  
Die Sündwarenindustrie sei in ihrem Bestande gefährdet...  
Die Sündwarenindustrie sei in ihrem Bestande gefährdet...

Aus Gründen der Kassenlage, so führte der Minister...  
Aus Gründen der Kassenlage, so führte der Minister...  
Aus Gründen der Kassenlage, so führte der Minister...

Die Kassenlage des Reiches  
Er habe bei seinem Amtsantritt das Finanzprogramm der Regierung...  
Er habe bei seinem Amtsantritt das Finanzprogramm der Regierung...  
Er habe bei seinem Amtsantritt das Finanzprogramm der Regierung...

Ende März trete zwar der Fehlbetrag 1929 nicht mehr in Erscheinung...  
Ende März trete zwar der Fehlbetrag 1929 nicht mehr in Erscheinung...  
Ende März trete zwar der Fehlbetrag 1929 nicht mehr in Erscheinung...

werden. Die Darlegungen des Ministers über die Kassenlage...  
werden. Die Darlegungen des Ministers über die Kassenlage...  
werden. Die Darlegungen des Ministers über die Kassenlage...

### Darum kann von Steuerfentungen legendwörter Art für 1930 gar nicht die Rede sein.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Das um so weniger, da ja nach den Ausführungen des Ministers der Steuerfentung die Verleihung der Kasse und des Staatsparazugabe habe. Sehr richtig bemerkt der Minister, daß die Offenlegung neuer Steuern für die Vermeidung eines neuen Defizits nicht umgangen werden kann.

Die ungünstige Entwicklung des Haushalts 1929, die Verschiebung der Deckung des Fehlbetrages von 1928 auf 1930, die Schuldenentlastung von 450 Millionen Mark stellen eine schwere Belastung des Staats für 1930 dar. Trotzdem nun der Minister eine genaue Aufstellung über die Entwicklung der Kasse gegeben hat, habe ich doch den Eindruck, als ob nicht alle unglücklichen Faktoren, mit denen man rechnen muß, von ihm angeführt worden sind. Es ist darum nicht ausgeschlossen, daß die wirkliche Entwicklung noch trüber ist als das von ihm gezeichnete Bild sie uns erwarten läßt. Er spricht ja selbst von etwaigen rückläufigen Steuereinnahmen und von der ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes. Aber wir müssen auch daran denken, daß im Laufe dieses Jahres die Rückzahlung von mehreren kurzfristigen Krediten fällig ist. Diese Rückzahlungen könnten neue Schwierigkeiten bringen. Die Auffassung von der Finanz- und Kassenlage des Reiches, wie wir sie sehen, hat meine Freunde zu der Frage veranlaßt, ob unsere wirtschaftlichen Bedenken nicht zurückzustellen sind hinter die großen finanzpolitischen Erwägungen.

Der Entwurf des Sündwarenmonopolgesetzes, das nur ein Zwischenhandelsmonopol enthält, bleibt eine an und für sich recht bedenkliche Maßnahme. (Sehr richtig! bei den Soz.)

# Die Stellung des Reichsbankpräsidenten

## Die bürgerlichen Parteien lehnen die Anträge der Sozialdemokratie ab

Berlin, 27. Januar. (Eigener Bericht.)

Zur Reichstag sind am Montag die Abkommen der Haager Konferenz im amtlichen Wortlaut verteilt worden. Soweit sich bisher übersehen läßt, wird die erste Lesung der auf ihnen beruhenden Gesetze voraussichtlich am 5. Februar beginnen. Man rechnet mit einer Dauer von zwei Tagen, und am 7. Februar sollen dann die Ausschussberatungen ihren Anfang nehmen. Bis zur Mitte des Monats dürften die Vorlagen im Plenum erledigt sein.

Zu den Abkommen gehören auch die Vorschriften, die in das deutsche Bankgesetz einzufügen oder darin beizubehalten sind, und über sie hat am Montag nachmittag eine Besprechung der Regierungsparteien unter Vorsitz des Reichsfinanzministers stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit haben die Vertreter der Sozialdemokratie die Wünsche zum Ausdruck gebracht, die sie für eine Abänderung einzelner Bestimmungen des Bankgesetzes hegen und die sich, wie aus der Presse bereits bekannt ist, hauptsächlich in der Richtung bewegen, die Stellung des Reichsbankpräsidenten bzw. der Reichsregierung gegenüber dem Präsidenten- und dem Direktorium der Reichsbank zu verbessern. Um es von vornherein zu sagen: die Forderungen der Sozialdemokratie haben bei den bürgerlichen Koalitionsparteien so gut wie keine Unterstützung gefunden. In diesem Lager hält man jede Abänderung des Gesetzes, die im übrigen — ebenfalls gemäß den Haager Abkommen — die Zustimmung des Verwaltungsrats der Bank für internationale Zahlungsausgleich bedürfen würde, im gegenwärtigen Augenblick für unangebracht. Gegenüber dem bisherigen Zustand ist durch die neuen Haager Abkommen insofern eine Verbesserung eingetreten, als der Reichspräsident nicht mehr nur ein ausübendes Mitglied besitzt, sondern die Wahl unbedingt von seiner Befähigung abhängig gemacht wird. Aber wie sieht der Wahlkörper aus? Die Mitglieder des Generalrats werden im Wege der Koalition gewählt. Auf die Zusammenlegung des Generalrats haben also Kabinett und Reichspräsident keinerlei Einfluß. Die Bestimmungen, nach der vor der Wahl eine Nominierung des Generalrats mit der Reichsregierung erfolgen soll, bedeutet außerordentlich wenig, denn wenn sich bei dieser Nominierung eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Reichsregierung und dem Generalrat herausstellt, besteht keinerlei Gewähr dafür, daß der Generalrat der Ansicht der Reichsregierung Rechnung trägt. Es wäre nach unserer Meinung dringend erforderlich, der Regierung gewisse Rechte bei der Zusammenlegung des Generalrats zuzugestehen. Die Unabhängigkeit der Reichsbank würde dadurch nicht bedroht und die Stabilität der Währung geriete nicht in Gefahr.

Aber das Gesetz von 1927 hat bereits feste Verhältnisse auf diesem Gebiete geschaffen, außerdem wird der Einfluß des Schwedenskonzerns durch das Gesetz nicht gefördert, sondern gehehmt; dazu sehr wir in dem Gesetz einen Vorzug. In der Staatsaufsicht sehen wir ein wichtiges Moment, das uns die Zustimmung erleichtert. Durch das Gesetzentwurf werden die freien Produzenten nicht benachteiligt, sondern er bedeutet eine starke Sicherung für die Erzeuger. Auch der Teil der Verbraucher wird geschützt, der sich auf den Bezug der Haushaltsware beschränkt. Durch besondere Bestimmungen ist dafür gesorgt, daß Angestellte und Arbeiter, die durch die Neuordnung ungünstig betroffen werden, für den Ausfall in ihrem Einkommen anderweitig entschädigt werden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Entscheidend für uns ist jener Teil gewesen, der sich auf die genossenschaftliche Produktion der Sündholzwaren bezieht. Wir sind weit entfernt davon, der genossenschaftlichen Produktion innerhalb der Gesamtproduktion eine besondere Vorzugsstellung einzuräumen zu wollen, die sie nicht an und für sich durch ihre Verbraucherorganisation ausüben könnte. Das Sündholzperergesetz von 1897 ist entstanden, weil die freien Produzenten sich des Wettbewerbs des weit leistungsfähigeren Schwedenskonzerns nicht mehr erwehren konnten und vor der Auflösung durch den Schwedenskonzern standen. Damals ist die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GGK) dem jetztzeit geschaffenen Konzern freiwillig beigetreten. Das hat uns jetzt dazu veranlaßt, keiner Ausnahmestellung der genossenschaftlichen Produktion zuzustimmen. Die GGK hat 1927 ihren Beitritt zum Syndikat vollziehen können, weil ihr unbeschränkte Produktion zugesichert war, weil sie in ihrer Preisgebahrung unabhängig war und weil ihr Absatz an die ihr angeschlossenen Vereine keinerlei Beschränkungen unterlag. Diese Bedingungen müssen erhalten bleiben.

Wir stimmen der Vorlage in ihrer jetzigen Form zu, obwohl sie nicht unentbehrlich gegenüber der ursprünglichen Fassung in der ersten Lesung abgeändert worden ist. Wir haben jetzt den Zellpreis statt des ursprünglichen Kleinhändlerpreises. Wir haben jetzt eine gesetzliche Sicherung. Die Qualität der von Syndikat zu liefernden Streichhölzer. Unsere Zustimmung zu dem Gesetz können wir trotzdem verantworten, weil die Vorlage in ihrer jetzigen Form die Verbraucher schützt, die Genossenschaft nicht einengt und weil sie in enger Verbindung mit der Sanierung der Kassenlage des Reiches und der Reichsfinanz steht. Wir stimmen zu, weil wir in allen Maßnahmen zur Finanzheilung das erste und wichtigste Ziel einer erfolgreichen Finanzpolitik sehen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Wenkel (Dnat.) erklärt, nicht der Schutz der deutschen Sündholzindustrie, sondern die Finanznot und die verpöbete Kleinhändlerpreispolitik für die Regierung die Triebfeder zur Einbringung der Vorlage gewesen. Die Deutschnationalen seien grundsätzliche Gegner eines Monopols. Der Redner wendet sich schließlich gegen eine Vorzugsbehandlung der genossenschaftlichen Sündholzproduktion und beantragt die Streichung der entsprechenden Bestimmungen aus der Vorlage. Die Deutschnationalen würden das Gesetz ablehnen.

Abg. Dr. Köhler (Ztr.) hält das Gesetz für notwendig, weil das Sprerergesetz sich als unzureichendes Mittel zum Schutze der deutschen Sündwarenindustrie erwiesen habe. Ein weiterer Grund zur Durchführung des Gesetzes sei die schwierige Finanzlage des Reiches. Nach dem schlechten Erfolge der beiden letzten Anleihen sei es verhängnisvoll, wenn der Finanzminister ein solches Experiment nicht wiederhole, sondern den vorteilhafteren Weg des

dem Generalrat herausstellt, besteht keinerlei Gewähr dafür, daß der Generalrat der Ansicht der Reichsregierung Rechnung trägt. Es wäre nach unserer Meinung dringend erforderlich, der Regierung gewisse Rechte bei der Zusammenlegung des Generalrats zuzugestehen. Die Unabhängigkeit der Reichsbank würde dadurch nicht bedroht und die Stabilität der Währung geriete nicht in Gefahr. Soviel zur Wahl des Reichsbankpräsidenten. Aber auch die Art, wie seine Abberufung vollzogen werden kann, entspricht unserem Erachten nicht der Stellung, die die Regierung im Straate einnehmen soll. Nach den Haager Abmachungen bedarf die Abberufung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Direktoriums der Bestätigung durch den Reichspräsidenten. Das heißt also, daß Reichspräsident bzw. Regierung von sich aus nicht in der Lage sind, den Bankpräsidenten, selbst wenn sie starke Bedenken gegen ihn hegen, zu befeitigen. Sie treten erst in Funktion, wenn der Generalrat, bei dem die Initiative liegt, die Demission fordert. Sie haben also nur die Möglichkeit, einen vom Generalrat für abberufen erklärten Präsidenten im Amt zu erhalten, während sie nicht das Recht besitzen, ihrerseits gegen einen Präsidenten vorzugehen, gegen den sie Anstände zu erheben haben. Das mindestens, was zu verlangen wäre, würde doch wohl eine Gleichstellung der Reichsregierung mit dem Generalrat sein. Aber auch dafür sind die bürgerlichen Parteien nicht zu haben, und ebensowenig wollen sie die Notwendigkeit anerkennen, daß nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine Neuwahl des Bankpräsidenten und des Direktoriums stattfinden muß. Man will abwarten. Man will leben, ob Herr Schacht sich von selbst innerhalb seiner Grenzen hält, oder zu einem neuen Schlag gegen den Geld des Parlamentarismus und der Demokratie ausholt. Gest wenn er rückfällig geworden ist, sollen wie verfährt wird. Gegenmaßregeln ergreifen werden. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich jedenfalls vorbehalten müssen, ein Initiativgesetz zur Abänderung des Reichsbankgesetzes einzubringen.

Abchluss mit Kreuzer ging. Mit Rücksicht auf die schwierige  
Ablösung würde das Zentrum der Vorlage zustimmen.  
Abg. Ende (Komm.) begründet kommunistische Anträge, in  
denen verlangt wird, daß die Konsumgenossenschaft von jeder  
Beschränkung und jeder Monopolbeherrschung frei bleiben.  
Abg. Dr. Pfeiffer (D. Sp.) erklärt die Zustimmung seiner  
Freunde zu der Vorlage in der Ausschussfassung.  
Abg. Bormann (Wirtschp.) erklärt, die Vorlage verleihe den  
Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung, weil die Konsum-  
vereine dem Einzelhandel gegenüber bevorrechtet würden. Demnach  
könne die Vorlage nur mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden. Die  
bisherigen Regierungsparteien hätten vor der Sozialdemokratie  
restlos kapituliert, und das Verhalten der Wirtschapspartei zu  
dem vorkommenden Reichsfinanzminister sei enttäuschend worden.  
Abg. Gilschke (Dem.): Die Sonderbestimmung für die  
Konsumvereine, die Abgeordneter Bormann für verfassungswidrig  
erklärt, findet sich schon in dem Sperrgesetz von 1927, gegen  
das dieser Einwand nicht erhoben wurde.  
Abg. Haack (Bayr. Sp.): Wir beraten hier in Wirklichkeit

narnicht über ein Monopolesetz, sondern über eine Einleihe,  
die wir zur Sanierung der Reichsfinanzen un-  
bedingt brauchen und die wir ohne Monopol nicht  
erlangen können. Die Wirtschapspartei wird trotz großer  
Bedenken nicht gegen das Gesetz stimmen.  
Abg. Reddenring (Christl. Nat. Bauernp.) lehnt die Vor-  
lage ab.  
Abg. Gühr (Natlos.) begründet verschiedene Änderungs-  
anträge.  
Abg. Dr. West (Volksrechtspartei) und Abg. Kretsch  
(D. Hannov.) erklären sich gegen die Vorlage. — Die Aussprache  
ist damit beendet.  
Angenommen wird der Antrag der Regierungsparteien auf  
Streichung der zehnprozentigen Preisobergrenze für Exportware.  
Mit dieser Änderung wird die Ausschussfassung der Vorlage  
unter Ablehnung aller übrigen Änderungsanträge in zweiter  
Beratung angenommen.  
Die dritte Beratung wird auf Dienstag verlagert.

# Die Regierungsverhandlungen in Preußen

## Die Demokraten machen Schwierigkeiten — Vorläufig kein Ergebnis

Die mit Spannung erwartete interfraktionelle Sitzung  
der preussischen Koalitionsparteien fand am  
Montag nachmittag 3 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsi-  
denten Dr. Braun statt.  
Einleitend erinnerte der Ministerpräsident daran, daß er  
vor Jahresfrist der Volkspartei den Eintritt in die Regierung  
mit dem Handelsminister und einem Minister ohne Portfeuille  
angeboten hätte. Im Laufe des Dezember hätten Minister  
Erzest und er anlässlich von Besprechungen mit dem Ab-  
geordneten Dr. Eckert die Möglichkeit geäußert, ob sich die  
Annahme dieses Angebots bestünde. Die Volkspartei habe ursprüng-  
lich das Kultusministerium gewünscht, aber er habe im Hinblick  
auf die alten Wünsche der Sozialdemokratie diese Forderung von  
vornherein ablehnen müssen. Er habe dann die Vorstehenden der  
Sozialdemokratischen und Zentrumsfractionen unterrichtet und den  
Abgeordneten Dr. Fall gebeten, daß die Demokraten zu der  
jetzigen Stellung nehmen möchten. Er habe bisher von den  
Demokraten keine Antwort erhalten.

Abg. Dr. Fall begründete den Beschluß der Demokratischen  
Fraction, daß sie nicht auf alle Opfer bringen wolle, daß sie einen  
etablierten Minister ohne Portfeuille aus Gründen der Spar-  
samkeit ablehne und daß sie bei der Besetzung des Kultus-  
ministeriums Rücksicht auf die evangelischen Volkskreise wünsche,  
weil der derzeitige Staatssekretär Katholik sei. Er betonte dabei,  
daß er gegen die Person des Abgeordneten König keinerlei Ein-  
wendungen habe.  
Abg. Heilmann (Soz.) entgegnete: Zwei Ressortminister  
gäben die Koalitionsparteien der Volkspartei nicht; einen Ressort-  
minister allein könne die Volkspartei nicht annehmen; also bleibe  
nur ein Ressortminister und ein Minister ohne Portfeuille. Wer  
das ablehne, solle offen sagen, daß er die große Koalition entwei-  
schlagen wolle. Wenn der Sozialdemokratie das Kultusministerium  
mit dem Abgeordneten König verweigert werde, hätte sie an  
weiteren Verhandlungen kein Interesse. Unverständlich sei ihm,  
daß die Einwendungen gegen den Kandidaten König gerade  
von demokratischer Seite kämen.

Abg. Heilmann erklärte für das Zentrum, daß auch sie den  
Minister ohne Portfeuille möglichst sparsam eingerichtet wissen  
wollten. Mit dem Hinweis auf die Interessen der evangelischen  
Bevölkerungskreise für die Besetzung des Kultusministeriums  
König erkläre. Denn das Zentrum denke gar nicht  
daran, den Interessen der evangelischen Bevölkerung zu nahe zu  
treten. Zweifellos werde diese zünftige Methode der Demo-  
kraten sich weit in die Zukunft auswirken.  
Ministerpräsident Dr. Braun hob hervor, daß die For-  
derung der Sozialdemokratie nach dem dritten  
Minister sofort nach den Wahlen erhoben worden  
sei. Sie sei auch voll gerechtfertigt gewesen, aber von  
ihm zurückgewiesen worden, weil er die Umgestaltung des Kultus-  
ministeriums gleichzeitig mit dem Zustandekommen der großen  
Koalition habe vornehmen wollen. Werde der Widerspruch  
gegen König aufrecht erhalten, den er zum Kultusminister vor-  
geschlagen habe, dann müßten die Parteien damit rechnen, daß  
die große Koalition nicht zustande käme. Er werde auch  
nicht wochenlang verhandeln, sondern binnen  
wenigen Tagen die Entscheidung herbeiführen.  
Er werde die Volkspartei offiziell fragen, ob sie mit dem  
Handelsminister und einem Minister ohne Portfeuille — ohne  
finanzielle Mehrbelastung — einverstanden sei oder nicht. Sobald  
er die Antwort der Volkspartei habe, werde er die Koalitions-  
parteien vor die entsprechende Entscheidung stellen.  
Damit hatte die interfraktionelle Besprechung ihr Ende  
erreicht.

wendigkeit äußerster Sparbarkeit auch in allen Einzelausgaben.  
Ein Arbeitsgebiet für den neu zu besetzenden Minister ist kaum  
zu finden. Die Fraction wäre damit einverstanden, wenn sich  
ein im Amte befindlicher Reichsminister bereit erklären sollte,  
gleichzeitig das Amt eines preussischen Staatsministers zu über-  
nehmen.  
Bei der Besetzung des Kultusministeriums muß auf die  
Stimmung der evangelischen Bevölkerung Rücksicht genommen  
werden, weil der derzeitige Staatssekretär dem katholischen  
Bekenntnis angehört.  
Die Fraction bittet den Herrn Ministerpräsidenten, weitere  
Verhandlungen, die nach der Verfassung ausschließlich in seiner  
Hand liegen können, nach diesen Gesichtspunkten zu führen.  
Die Unterhaltung der vorkommenden Schwierigkeiten Ver-  
treter der Abgeordneten Schwarzhaupt und Dr. Böhm  
mit dem Ministerpräsidenten Braun, die über die  
Frage der großen Koalition am Montag spät nachmittags be-  
gann, war nach knapp einer Stunde, gegen 7 Uhr abends beendet.  
Der Ministerpräsident informierte die Koalitionsparteien über  
den Verlauf der bisherigen Verhandlungen. Er meinte dabei, daß  
der frühere Gedanke, das Staatsministerium ohne Portfeuille in  
Verbindung mit einem vorkommenden Reichsminister zu  
bringen, wegen der großen Überlastung des Reichsfinanzministers  
Waldenauer wohl nicht mehr in Frage kommen könne. Die  
Demokraten hätten nun auch konfessionelle Bedenken hinsichtlich  
der Umgestaltung des Kultusministeriums vorgebracht, die vom  
Zentrum in gewissem Sinne aufgenommen seien. Jedoch sei ein  
Beschluß des interfraktionellen Ausschusses noch nicht zustande-  
gekommen. Wenngleich durch die neuen Bedenken die an sich schon  
schwierigen Verhältnisse abermals erschwert worden  
seien, glaube er doch, daß es möglich sein werde, zu einer  
Berständigung zu kommen. Er mache der Volkspartei  
das Angebot, den Handelsminister für die Staatsregierung zu  
stellen und ein Ministerium ohne Portfeuille zu übernehmen. In  
der jetzigen Zeit, wo die Finanzlage des Staates außerordentlich  
angespannt sei, würde es aber nicht möglich sein, diesen Posten zu  
etablieren. Es könne sich bei dem Ministerium ohne  
Portfeuille überhaupt nur um ein Provisi-  
rium handeln, etwa bis zu den nächsten Wahlen, nach denen  
wahrscheinlich leichter eine definitive große Koalition zustande-  
kommen werde. Er, der Ministerpräsident, lege Wert darauf, daß  
die Verhandlungen nun recht schnell zu Ende geführt würden und  
hoffe, daß in spätestens zwei bis drei Wochen ein Verhandlungs-  
abstich möglich sei.

Abg. Schwarzhaupt dankte dem Ministerpräsidenten und  
erklärte, er werde in der Dienstagstagsung seiner Fraction die Mit-  
teilungen des Ministerpräsidenten bekanntgeben.  
Auf die Frage nach der Umgestaltung des Kultusministeriums  
erklärte Ministerpräsident Braun noch, daß allerdings die  
Sozialdemokraten das Kultusministerium beantragten und daß  
sie darauf auch ein Recht hätten. Auf die Frage, ob damit  
Zentrum und Demokraten einverstanden seien, verwies Braun auf  
die Bedenken infolge der demokratischen Entschiedenheit, gab aber  
nochmals der Hoffnung Ausdruck, daß es zu einer Verständigung  
mit den beiden Fractionen kommen werde.

Die Zentrumsfraction des Landtages billigte am  
Montag abend die Erklärungen des Abg. Heilmann  
in den interfraktionellen Besprechungen.  
Die Sozialdemokratische Landtagsfraction  
wird sich am Dienstag vormittag mit der Lage beschäftigen und  
ihre Auffassung zur Lage in einer Entschlieung nieder-  
legen.

### Regierungskrise in Preußen?

Berlin, 28. Januar. (Eigener Funkbericht.)  
Die Sozialdemokratische Fraction des preu-  
ssischen Landtages wird sich heute vormittag mit der  
politisch-parlamentarischen Lage in Preußen

Die Entschlieung der demokratischen Land-  
tagsfraction hat folgenden Wortlaut:  
„Die Fraction der D.D.P. hält heute, wie bisher, die  
Wiederherstellung der großen Koalition für erwünscht. Sie ist  
bereit, hierfür Opfer zu bringen, glaubt aber, daß ihr nicht  
zugemutet werden kann, allein solche Opfer zu bringen.“  
Die Bestellung eines Ministers ohne Portfeuille wider-  
spricht dem Gedanken der Verwaltungsreform und der Not-

# Der Unheimliche

## The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzung von Max E. Schirmer  
(Nachdruck verboten)

„Kaff, war hier Geld? Das hattest du mir nicht mitgeteilt.“  
„Selbstverständlich war hier Geld“, meinte er ungeduldig.  
„Ich wollte dich überraschen. Es war eine ganze Menge Geld.“  
„Ich weiß, daß es hier war, denn Tarn hat mit mir erst vor  
einigen Tagen darüber gesprochen.“  
Er durchsuchte nochmals den Geldschrank und sah darin nur  
einige wenige Papirer. Doch mit einem Male hörte sie, wie  
er aufschrie:  
„Was ist los?“  
„Nichts!“ entgegnete er, indem er ein mit Bleistift be-  
schriebenes Stück Papier, das er in einem der hinteren Fächer  
entdeckte, zu verbergen suchte. „Ich dachte, ich hätte etwas  
gefunden.“  
Er schien große Eile zu haben, das Bureau zu verlassen,  
denn er ließ sie beinahe auf den Gang hinaus, bevor er die  
Tür schloß.  
„Es hat eigentlich keinen Zweck“, brummte er, „denn wenn  
der Mann das ist, was ich annehme, wird ihn ein kleines Schloß  
nicht aufhalten.“  
„Sprichst du von Major Amery?“ fragte sie erstaunt. „Was  
meinst du, Kaff, als du sagtest, es wäre nicht Kaff für euch  
beide in England, und wegen des Geldnehmens? Kaff, du glaubst  
doch nicht etwa, daß er es genommen hat?“  
In ihrer Verwirrung glaubte sie, daß das Geld der Firma  
Amery gehörte, daß es vielleicht gestohlen war, und daß das  
Interesse des Unheimlichen für das Geld nur das erklärte  
Interesse des Verabreiteren war, der wissen wollte, was aus dem  
Kauf geworden war. Hatte Maurice Tarn große Unter-  
schlupfwege gemacht? Ihr Herz blieb bei diesem Gedanken still-  
stehen. Wenn das der Fall war, wurde ihr Argwohn bekräftigt,  
und das Benehmen Maurice Tarns erschien ihr in einem  
neuen Lichte.  
„War das Geld — gestohlen?“ fragte sie stöhnend. „Hat  
Mr. Tarn...“  
„Nein, Herrgott, frage nicht weiter!“

Kaff wollte irgendwohin, wo er allein war, und wo er die  
kleine Notiz lesen konnte. Er war so nervös, daß er nicht einmal  
Höflichkeit heucheln konnte.  
Auf dem Rückwege nach dem Hotel sprach Ella sein Wort,  
und sie war froh, als sich Kaff am Eingang entschuldigte und  
danoneilte. Auch sie brauchte die Einsamkeit, um ruhig nach-  
zudenken.  
Hallam erreichte Half Moon Street und bemerkte kaum, wie  
er kurz vor seinem Hause zwei Männer überholte. Er hatte schon  
den Schlüssel ins Schließeloch gesteckt, als eine plötzliche Ein-  
gehung ihn zum Umdrehen veranlaßte. Der Schlag, der nach  
seinem Kopfe gerichtet war, verfehlte ihn um Haarsbreite, und  
ausfolend schlug er den ersten Angreifer nieder, aber der zweite  
durchbrach seine Dedung, und diesmal sah er den Stahl blitzen  
und fühlte, wo die Spitze ihn traf.  
„Das kommt von Sophia!“ leuchte der Mann, als er zurück-  
trat.  
Hallam trat ihn mit den Füßen, und der kurze Augenblick,  
der ihm den Vorteil gegeben hatte, genigte ihm, um seinen  
Revolver zu ziehen. Im nächsten Augenblick aber liefen seine  
Angreifer die Straße hinunter nach Piccadilly zu. Eine Sekunde  
lang hob er den Revolver, doch als er ein sah, daß ein Schuß nur  
einen Aufschrei verursachen würde, ließte er ihn in die Tasche  
zurück.  
Kaff Hallam trat bleich und atternd in sein Arbeits-  
zimmer. Sophia hatte den zweiten Schlag geführt!

XX.

Zeitig am nächsten Morgen sprach Hallam in Stebbings  
Bank in Old Broad Street vor. Nach den üblichen geheimnis-  
vollen Unterredungen und Nachforschungen, die gewöhnlich dem  
Besuche beim Hauptgeschäftsführer und Eigentümer voraus-  
gingen, wurde er in das pompöse Zimmer Mr. Tupperwills  
zugeschickt.  
Mr. Tupperwill riefte seinen Krager zurecht, lächelte ihn  
wohlwollend an und strichte ihm eine große fleckige Hand an-  
gegen. Darauf wies er ihm den Louis-XV.-Stuhl an, der für  
besonders hohen Besuch bestimmt war.  
„Ich habe Ihren Brief erhalten, Tupperwill, und ich glaube,  
es wäre das Beste, wenn ich selbst vorbeikame. In den nächsten  
Tagen erwarte ich etwas Geld — einen ziemlich großen Betrag —  
und? Sie werden wohl meinem überzogenen Konto bis dahin  
etwas mehr Luft geben.“  
Mr. Tupperwill zwinkte die Lippen, als wenn er pfeifen

besaßen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Fraction ihre  
Fassung in einer Entschlieung niederlegt, die praktisch zum  
tritt der preussischen Regierung und letzten Endes zur Bildung  
großer Koalition führt. Jedenfalls muß, so wie die Dinge  
wärtig liegen, mit einer Regierungskrise in Preußen  
gerechnet werden.

# Volkskonservative Vereinigung

## Die Parteipläne der deutschnationalen Opposition

Die aus der deutschnationalen Volkspartei  
ausgetretenen Abgeordneten werden sich am Dienstag abend  
einer großen öffentlichen Kundgebung im Herrenhaus  
„Volkskonservative Vereinigung“ der deutschnationalen  
Vorstellung. Die Abgeordneten Treppner, Lambach  
Schlange-Schüttingen werden programmatische  
halten.  
Am Montag abend empfing die künftige Volkskonservativ-  
Vereinigung einen kleinen Kreis von Journalisten, dem sie  
Zweck und Ziel der neuen Organisation Rede und Antwort gab.  
Ein Programm hat diese Vereinigung —  
Treppner ausdrücklich betonte — nicht. Sie steht we-  
der der Monarchie noch der Republik. Sie führt  
weder nach rechts noch nach links gebunden. Sie  
den Kampf gegen die Sozialdemokratie, ohne  
das Schlagwort „Wider den Marxismus“ zu verfallen. Sie  
sich „national“, ohne nationale Schlagworte dauernd oder  
im Munde zu führen. „Mitte zur Ehrlichkeit“ soll das  
Ziel dieser neuen nicht als Partei, sondern als Vereinigung  
jede Bindung gebundenen Gruppe sein.  
Kein Zweifel, daß diese Vereinigung sich aus Elementen  
zusammenfassen, die innerlich nicht übereinstimmen  
die nur unter dem Zwang der Tatsachen versuchen, eine  
Gemeinschaft zu bilden. Diese Gemeinschaft ist bestrebt, sich  
organisationsmäßig zu betätigen, Funktionen und Mitglieder zu  
gewinnen. Inwieweit das gelingen wird, ist eine andere  
Frage. Immerhin will dieses neue „Parteigebilde“, das vorläufig  
Programm noch Organisation kennt, die Verkündigung  
rechts und nach links. Es steht auf dem Boden der gegeb-  
Tatsachen. Es will, wenn auch nicht heute, dann morgen in  
praktische Politik eintreten, während Hugenberg seine  
von Niederlage zu Niederlage führt.  
Der frühere Reichsminister des Innern und Reichs-  
nationalen Parteiführer Hugenberg eine längere  
Rede über Zweck und Ziel der deutschnationalen  
Abg. v. Reußel bejahte abends die Presseveranstaltung  
„Volkskonservative Vereinigung“. Der Verlust Hugenbergs  
für seine Bestrebungen zu gewinnen, ist damit als gescheitert  
betrachtet.  
Die „Volkskonservative Vereinigung“ stößt auf der  
auf außerordentlichem Widerstand, wahrscheinlich weil  
Volkskonservative Vereinigung im Begriff steht, sich organi-  
satorisch zu betätigen und damit den Gedanken einer  
vereinigung mit der deutschnationalen Partei oder Hugenbergs  
ablehnt.  
Den Kern dieser Vereinigung werden die aus der deut-  
nationalen Partei ausgetretenen und bisher führenden  
glieder der deutschnationalen Partei bilden. Die Zahl die-  
ausgetretenen Mitglieder gilt als außerordentlich groß.  
von der Volkskonservativen Vereinigung anlässlich der für  
Öffentlichkeit bestimmten programmatischen Erklärungen  
ausgegebene Aufruf ist, B. von nicht weniger als 450 Ver-  
lichteilen des öffentlichen Lebens unterzeichnet. Es handelt  
dabei im großen und ganzen um bisherige Mitglieder  
deutschnationalen Partei, die Hugenberg die Gefolgschaft ver-  
haben und die in der Politik auf dem Boden der gegebenen  
Tatsachen eine praktische Rolle spielen wollen.  
In unterrichteten Kreisen verläutet, daß hinter die-  
Unterzeichnern des am Dienstag abend der Öffentlichkeit  
Verfügung stehenden Aufrufs Tausende und Überausende  
ehemaligen deutschnationalen Parteimitglieder stehen.  
Die organisatorische Tätigkeit der Volkskonservativen  
einigung wird zunächst durch die Herausgabe einer Wochen-  
zeitung zum Ausdruck kommen. Als Herausgeber zeichnet unser  
der deutschnationale Handlungsgehilfenverband.

# Litwinow freigesprochen

Paris, 28. Januar. (Eig. Funkbericht.)  
Im Litwinow-Prozess verurteilten die Geschworenen  
sämtliche Schuldfragen. Die Angeklagten wurden deshalb frei-  
gesprochen.

# Ein Lumpentreich der lettischen Regierung

Riga, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.)  
Die lettische Regierung hat den litauischen Sozial-  
demokraten Wituske, der als politischer Flüchtling nach  
Lettland gekommen war, auf Antrag der litauischen Regierung  
in aller Heimlichkeit ausgeliefert. Die lettische  
sozialistische Partei hat daraufhin im Parlament ein-  
bringliche Interpellation wegen Verletzung des Asylrechtes ein-  
gereicht. Dem Ausgelieferten droht vor dem litauischen Stand-  
gericht die Todesstrafe, da er seinerzeit auf der Flucht un-  
mittelbar vor der lettischen Grenze einen Gendarmen, der ihn  
anhalten wollte, tödlich verfehlt hat.

# Mehe Dampf!

Von S. Kupfauer

Die letzten Wochen haben in der Reichspolitik ein Uebermaß an Ueberhebungen gebracht, die eine falsche Rücksicht auf bürgerliche Koalitionsparteien aufzeigten, und wie es sich z. B. in der Finanzreform besonders deutlich gezeigt hat, zu falschen Beschlüssen führen mußten. Die Begleiterscheitungen der Verhandlungen haben, so weit es um die Stellung zum Reichspräsidenten Schacht ging, gewiß auch nicht dazu beigetragen können, die allgemeine politische Unruhe unserer Tage zu befeuern. Bei Beginn der Verhandlungen in Haag war natürlich das Maß hinsichtlich dieses Reichsbank-Vorhabens voll. Er hatte im Dezember 1920 als Diktator des Reichskabinetts in der Anleihefrage eine zu hohe Rolle gespielt. Schon lange Zeit zurück aber lastete die durch verschärfte Sperre des ausländischen Kapitalstroms schwer auf den Kommunen. Er hat eine Depression der Konjunktur herbeigeführt, und ihm danken wir heute den erschreckend hohen Grad herrschenden Massen-Elendes.

Es mußte deshalb erwartet werden, daß die erste Gelegenheit wahrgenommen würde, um durch einen demokratischen Einbruch in das Reichsbankstatut das deutsche Volk gegen weitere Naturgefahren des derzeitigen Reichsbankpräsidenten zu schützen. War aber auch Herr Schacht selbst zu wünschen, daß er gegen einen weiteren Einbruch der hohen Politik in sein armes aquales Leben zwingende Maßnahmen ergreife. Die Haager Konferenz, der die Bankstatut-Vorbereitungen des Organisationskomitees in Baden-Baden vorausgegangen waren, war die Gelegenheit, zu der eine entsprechende Initiative des Reichskabinetts erwartet werden mußte. Sie blieb aus, obwohl es Tag für Tag Maßnahmen der sozialdemokratischen Parteipresse wahrlich gemangelt hat. Es besteht auch begründete Annahme, daß die Delegierten der Gläubigerstaaten einer solchen Aktion von deutscher Seite keine Schwierigkeiten in den Weg setzen werden. Wohl aber mußte man den Eindruck gewinnen, daß die nationalsozialistischen Mittelglieder der deutschen Delegation im Haag in ihrer nationalsozialistischen Einstellung die Selbstständigkeit der Reichsregierung gegenüber der Reichsbankleitung nicht aus der Hand des Auslandes „gehören“ lassen wollten. Diese „nationalsozialistische“ Verbundenheit mit dem Reichsbankstatut war besonders beachtlich in dem Augenblick, in dem der Reichsbankpräsident seinerseits die ihm vom Ausland „eingeräumte Selbstständigkeit“ mit brutaler Rücksichtslosigkeit gegen seine Landesangehörigen der Reichsregierung anzuwenden, für gut befunden hätte. National wäre es in dieser Haager Verhandlung gewesen, für die Gestaltung der Reichsbankreform die Freiheit der deutschen Regierung zurückverlangt. Es heißt unverständlich, daß die deutsche Delegation im Haag so viel Kraft auf Formulierung von der praktisch bedeutungslosen Sanktionsfrage und so wenig Kraft auf eine sofortige Umgestaltung des Bankstatuts legen zu lassen erlaubt hat. Die Revision des Reichsbankstatuts hielt sich noch an, nachdem Schacht im Haag vor der ganzen Welt zur Feindesopposition gegen die Reparationspolitik der Reichsregierung gelangt war. Er lehnte dabei nicht nur jede Verantwortung für den Vorkriegsplan ab, sondern auch für sein eigenes Auftreten im Haag, indem er auf ein Schreiben vom 31. Dezember vorigen Jahres verwies, wonach die Regierung über seine Absichten im Bilden sein konnte. Tatsächlich waren im Briefe des Reichsbankpräsidenten vom 31. Dezember drei politische Forderungen an Schacht zum Vorkommen enthalten, die, wenn man ihn trotzdem wieder zum deutschen Delegierten bestimmte eine Mitverantwortung der Reichsregierung nach sich ziehen. Das Auftreten Schachts gegen die von der verantwortlichen Staatsgewalt erteilte Außenpolitik war so unerhört, daß seine Abberufung aus dem Haag ein Gebot der Stunde gewesen wäre. Gegenüber einer Propaganda konnte eine Antwort der deutschen Delegation nicht genügen: eine scharfe Anweisung der Reichsleitung aus Berlin an die Haager Delegation mußte in diesem Augenblicke die Forderung des Reichsbankstatuts endlich in Ruhe bringen. Auf eine solche Antwort des Reichskanzlers an Herrn Schacht im Haag hat das deutsche Volk in jenen Tagen vergeblich gewartet.

Wohl aber ist bekannt geworden, daß Minister Moldenhauer auf keinen Fall einwilligt war, anfänglich der noch laufenden Verhandlungen im Haag eine Veränderung des Bankstatuts zuzulassen. In jenen Tagen, da sich Schacht durch sein wildes Umherhüpfeln in jedem Ansehen gebracht hatte, war es nur eine Frage des Tatwillens, um bereits im Haag die Krone der Souveränität der Reichsregierung gegenüber dem Reichsbankpräsidenten herzustellen. Die zur Erhaltung der Währungsnotwendige Unabhängigkeit der Reichsbank wollte die Sozialdemokratie nicht herablassen. Die verantwortlichen Körperlichkeiten der Reichsbank müssen in ihren tatsächlichen Entscheidungen autonom und es muß auch bei den Bestimmungen bleiben, wonach das Reich nur bis zu einer festgesetzten Grenze Schachwechsel bei der Reichsbank disponieren darf.

Es hat aber nichts mit Sicherung der Währung zu tun, wenn der Reichsbankpräsident seine besondere Politik gegenüber der Staatspolitik betreibt. Darum mußte der unmittelbare Einfluß des Reiches auf Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten, sowie eine sozial vertretbare Zusammensetzung des Generalrats verlangt werden.

Diese Tat zur Demokratisierung der Reichsbank auszuführen, hätte nach der Provokation, wie sie sich Herr Schacht im Haag geleistet hatte, auch nicht einen Tag verzögert werden dürfen. Es war wohl eine jener Situationen, in denen sich zeigen muß, daß der Reichskanzler die Politik seines Kabinetts bestimmt. Die Politik des Reichskanzlers ist ausgeblieben der Wille Moldenhauers ist zur Tat geworden. Es war unerfreulich, daß das sozialdemokratische Mitglied der Haager Delegation unter diesen Umständen in einer Front mit den bürgerlichen Reichsministern gegen die Sozialdemokratische Partei stehen mußte.

Wenn für diese gänzlich unverständlichen Verhältnisse, zwischen dem Reichskabinetts und Herrn Schacht eine Art Friedensgesellschaft zu bilden, die Finanznot des Reiches als ausschlaggebender Grund angeführt wird, so muß dieser Auffassung entschieden widersprochen werden. Die Stellung Schachts in der internationalen Finanzwelt, auch in Amerika, beruht auf seinem Präsidentenamt als Leiter der Reichsbank und keineswegs auf seiner Persönlichkeit. Würde aber Schacht weiterhin mit der Bearbeitung des Bankstatuts, daß er zur Regelung der Anleihepolitik unabkömmlich ist und als der einzig brauchbare deutsche Vertrauensmann gegenüber amerikanischen Bankiers anzusehen wäre, so würde damit der Machtwort dieses Anwalters auf Diktatorenposten geradezu ins Unerträglichste gesteigert. Da die Finanznot des Reiches noch keineswegs als behoben angesehen werden kann, so wären von dem jetzt „gehaltenen“ Schacht weitere und schlimme Demütigungen gegenüber der verantwortlichen Reichsregierung zu erwarten. Die dann einzurenden politischen Belastungen könnten wahrlich nicht von den sozialdemokratischen Ministern nicht länger getragen werden. Ein solches Ende der Reichskoalition wäre ein wirkliches politisches Verbrechen der sozialdemokratischen Regierungspolitik. Der heutige Reichsbankpräsident aber würde als Sieger bleiben.

Man darf ihn aber in politischer Hinsicht zu jeder reaktionären Tat für fähig halten, um so mehr, wenn es ihm ermöglicht wird, nunmehr der Not von Reich und Volk sein können.

der politischen Reaktion und Verlust der Bewegungsfreiheit der Sozialdemokratie.

In diesem Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals hat die Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse höher zu stehen als diejenige auf bürgerliche Koalitionsparteien. Die bisherige Aktivität dürfte kaum ausreichen, die Widerstände zu überwinden, darum die Mahnung an den Reichskanzler: Mehr Dampf!

# Wie man mit Deutschlands Interessen spielt

Noch eine Bemerkung zu der Denkschrift der Landeshauptleute A. Kr. In unserer Freitagsgabe haben wir eine Meldung gebracht, in der über den Empfang der sechs Landeshauptleute der östlichen Provinzen Preußens beim Reichspräsidenten berichtet wurde. In dieser Meldung wird mitgeteilt, daß die Landeshauptleute bei dieser Besprechung auch die Frage des polnischen Korridors angeschnitten hätten und daß der Reichspräsident in seiner Antwort auch diese Frage berührt habe. Wir haben diesen politischen Vorstoß der Landeshauptleute scharf kritisiert. Wir haben eine politische Verfehlung und absolut ungehörige Einmischung in politische Fragen sehen, die Deutschland nur schaden kann. Diese Meldung ist nun inswischen demontiert worden, indem jetzt abgegrenzt wird, daß die Landeshauptleute und der Reichspräsident auf die Korridorfrage zu sprechen gekommen seien. Dieses Dementi erscheint sehr wenig glaubwürdig. Es steht sehr danach aus, daß man nachträglich gemerkt hat, was für einen politischen Schaden geschossen hat und daß man sich nun bemüht, die Wirkungen dieses verfehlten Schrittes wieder auszugleichen. Die innere Unglaubwürdigkeit dieses Dementis geht besonders daraus hervor, daß die Denkschrift ja auch, wie in unserer gestrigen Ausgabe bereits kritisiert wurde, nationalistische Bemerkungen macht und die angebliche Gefährdung besonders von Schlesien durch die östlichen Provinzen wieder einmal an die Wand malt. Ja, die Denkschrift geht darin sogar noch weiter, indem sie nämlich auch in dem Abschnitt über die Forderungen, die die Ostprovinzen an die Reichs- und Staatsbehörden stellen, deutlich die direkte Forderung auf Revision der Grenzen im Osten aufstellt. Sie schreibt: „Wir wissen auch, daß die schwerste Not mit einem Schloß enden würde, wenn das Unrecht der Grenzziehung im Osten wieder gutgemacht wird.“ Angesichts dieser Behauptungen muß es als eine sehr peinliche Heuchelei wirken, wenn man in dem Dementi zu der Meldung über die Besprechung mit dem Reichspräsidenten so tut, als ob man weit davon entfernt ist, solche politischen Forderungen zu erheben. Man scheint sich in den Provinzialverwaltungen der sechs Ostprovinzen die Folgen eines solchen Auftretens in keiner Weise klar gemacht zu haben. Die polnischen Nationalisten werden sich jedenfalls begeistert die Hände reiben über dieses Material, das ihnen da für ihre Agitation geboten wird. Und nicht nur das; den polnischen Nationalisten und Militaristen konnte überhaupt kein besseres Argument für eine weitere Vergrößerung der polnischen Wehrmacht gegeben werden, als es hier geschieht. Die einzige Folge dieses Vorstoßes wird daher sein, daß man in Polen erneut zu rufen beginnt, weil man behauptet, daß es immer noch amtliche deutsche Stellen gibt, die darauf hinarbeiten, daß die polnischen Grenzen revidiert werden. Es dürfte daher feststehen, daß die sechs Landeshauptleute mit diesen Auslassungen das gesamte deutsche Volk und insbesondere gerade den deutschen Osten aufs allerhöchste gefährdet haben.

# Der neue Jornsprozess

Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Höhr die neue Auflage des Verleumdungsprozesses, den der Reichsanwalt Jorns gegen den verantwortlichen Redakteur des „Tagebuch“, Josef Borucki, angehängt hatte. Im April 1920 ist das „Tagebuch“ in erster Instanz freigesprochen worden. Der Nebenkläger Jorns hat gegen dieses Urteil, das man damals in allen republikanischen und demokratischen Kreisen mit großer Genugtuung begrüßt hatte, Berufung eingelegt. Infolgedessen wird jetzt ein noch größerer Apparat in Bewegung gesetzt, um jene Ereignisse, die auf die Ermordung der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht folgten, zu klären.

Die erste Verhandlung hat nichts wesentlich Neues zutage gefördert. Jener Artikel im „Tagebuch“ von Frühjahr 1920, überschrieben „Kollege Jorns“, wurde zunächst verlesen. Er knüpft an die wüste Hehe des Reichsanwalts gegen den Pazifisten Berthold Jacob, den er um jeden Preis als „Landesverräter“ ins Zuchthaus bringen wollte und beendete dann die unerhört leichtfertige Art, in der der damalige Kriegsrichter Jorns die Unternehmung gegen die Luxemburg- und Liebknecht-Mörder geführt hat, nachlässig, die hart an Begünstigung grenzte. Dem Verteidiger des Nebenklägers lag viel an der Feststellung, daß der Verfasser jenes Angriffs derselbe Schriftsteller Berthold Jacob war, der sich vor dem Reichsgericht als „Landesverräter“ zu verantworten hatte. Jacob ist damals nicht ins Zuchthaus, sondern nur zu einigen Monaten Festungshaft verurteilt worden. Die Absicht, dem Verfasser jenes Artikels Nachsicht als Motiv unterzuschreiben, wurde aber gescheit durchkreuzt. Sofort gab die Gegenpartei klar bei. Herr Jorns verpicht sich offenbar von der Aufklärung jenes blamablen Prozesses keine Vorbeeren.

Jorns wirft sich in die deutsche Männerbrust und behauptet, alle Vorwürfe gegen ihn seien absolut unbegründet. Er sei keinen Augenblick abgewichen vom dem Wege, den ihm seine Pflicht vorgeschrieben habe. Er verfolgte wiederum die Taktik, sich hinter Beschie seiner vorgesetzten Behörden zu verschließen, die seiner Person schon in dem ersten Prozeß einen so unangenehmen subalternen Anstrich gegeben hatte. Den General Hoffmann, Kommandeur der Garde-Ravallier-Division, betitelt er stets „Ezzellens“. Ich bekam von Ezzellens den Befehl, ins Eden-Hotel zu übersiedeln. Ich habe die Herren — er meint das Gefolge, das den feigen Mord befohlen und zum Teil mit ausgeführt hat — in das Hotel hineingenommen, weil Ezzellens für ihre Sicherheit fürchtete.“

Bereits am Tage nach der Ermordung Liebknechts, am 10. Januar 1919, ist Jorns Ernennung zum Untersuchungsrichter erfolgt. Am Abend des 20. erst ist er ins Eden-Hotel gezogen. Jeder Late weiß, wie wichtig gerade die ersten Tage nach einem Mord für die Untersuchung sind. Trotzdem findet sich kein Vermerk in den Akten, der auf eine wirksame Aufklärung des Falles schließen ließe. Herr Jorns fand es viel interessanter, sich mit den Besitzern herumzuschlagen, die ihm der Zentral- und Volksgar zur Seite gegeben hatte und den Anwalt der Familie Liebknecht, Hugo Haas, abzuwimmeln, als den „Herren“, um deren Sicherheit man so ängstlich besorgt war, zu Leibe zu gehen. Im Gegenteil: er entließ — dies war seine erste Amtshandlung — den Oberleutnant Vogel, der wegen Verdacht der Mithäterchaft in Haft genommen war, schon am nächsten Tage am 17. Januar, obwohl eine „Ezzellens“, der General Wittwig, die vorläufige Festnahme verfügt hätte! Er konnte also, wenn es sich um die „Herren“ handelte, sehr selbständig werden. Er erklärt: „Ich kann doch unmöglich einen vorläufig Festgenommenen ad infinitum sitzen lassen!“ Wie rücksichtslos so ein Staatsanwalt werden kann, der, wenn es gegen — Gemeine oder gegen Zivilisten geht, mit Zuchthausstrafen nur so um sich schlägt!

Wir den Verleumdern Kupfauer und Wagners, die er wie mit Schuldbuben umgesprungen. Als Ruch sich einmal während seiner Vernehmung eine Frage an einen Beisitzenden erlaubt, habe Jorns ihm sofort über den Mund, dabei stand den Beisitzern das Frageramt zu. Ihre Urteile auf neue Vernehmungen. Schloß Jorns zurück. Er sagte es auch einzurichten, daß weder bei der Vernehmung des Hauptmanns Wabst noch bei der des Juristen Ruge die Beisitzer zugegen waren. Da Begründungen dafür sind so läppisch, daß man sie nur mit Schuldbubenstrafen vergleichen

kann. Der Herr Hauptmann, der inswischen seine gegenseitige Loyalität nach Verleumdung verlegt hat und die Helmwehren kommandiert, soll am Tage seiner Vernehmung schwer krank gewesen sein; aber am nächsten Tage leitete er ganz munter und verzückt die Abfertigung beim Liebknecht-Begräbnis. Die Aussage daß er für die Zulassung der Beisitzer weder ein Telefon noch eine Ordnung zur Verfügung gehabt habe, nötigt selbst beim Staatsanwalt ein Lächeln ab.

# Der Domänenetat vor dem Landtag

Der Preussische Landtag bezieht am Montag in zweiter Lesung den Haushalt der Staatsdomänen.

Abg. Klauener-Stein (Soz.): Die allgemeine Lage, über die die Domänenpächter klagen, können wir nicht anerkennen. Deshalb lehnen wir auch die geforderte Pachtentlastung ab. Die beste Rechtfertigung für unsere Haltung sind die inswischen erfolgten Feuerpachtungen, die ein Mehrgebot von 17 bis 50 Mark pro Hektar brachten. (Hört! hört! bei den Soz.) Auch die vom Staate selbst bewirtschafteten Domänen brachten einen ganz ansehnlichen Gewinn. Dazu kommt noch die ausgezeichnete Verwertung aus eigenen Betriebsmitteln, obwohl es sich hier um Beispieleswirtschaften mit höheren Verwaltungskosten und höheren Löhnen als in der Privatwirtschaft handelt und obwohl hier wirklich die Steuern und Sozialkosten in voller Höhe gezahlt wurden. (Hört! hört! bei den Soz.) Wo bleibt demgegenüber die Privatwirtschaft und die Ueberlegenheit des Privatbeitrags? Hier zeigen wir den Weg, nach den Vorschlägen des sozialdemokratischen Agrarprogramms durch eine Stabilisierung der Preise und Preisbindung der unnötigen Zwischenpanne zwischen Erzeuger und Konsumentenpreis der Landwirtschaft und auch dem Volke zu helfen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Erfreulich ist auch die Vermehrung der bäuerlichen Beispieleswirtschaften, die durch Anschauungsunterricht stärker als alle Theorie die bäuerliche Bevölkerung aus sich selbst heraus zu einer Umstellung ihrer vielfach veralteten Bewirtschaftungsmethoden veranlassen. Ein besonderes Augenmerk sollte der Herr Landwirtschaftsminister auf jene Sorte reaktionärer Domänenpächter richten, die ihre Arbeiter unter härtestem Terror zur Einziehung für das Stahlhelmvolk begehren gezwungen haben und die Arbeiter entlassen, wenn sie sich dem Druck nicht fügten. Die Pachtung einer Staatsdomäne ist nun einmal eine besondere Vergünstigung von Seiten des Staates und der Staat sollte nicht ruhig zusehen, wenn Leute, die eine solche Vergünstigung genießen, gegen ihn arbeiten und seinen Sturz wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine besondere Nummer ist der Major a. D. Meyer aus Wulkow in Pommern, der als Domänenpächter nicht nur den Arbeitslohn und die Versicherungsbeiträge schuldig blieb, sondern darüber hinaus noch eine halbe Million Mark Schulden machte. Dabei hat er auch den Staat mit 100 000 Mark beteiligt. Dieser Mann hat es für nötig gehalten, sich eine eigene Stahlhelmschwärze von 30 Mann zu halten. Jetzt hat er es allerdings vorgezogen, zu verhandeln, um in Steiermark bei der Heimwehr wieder aufzutauhen. (Hört! hört! bei den Soz.) Auf einzelnen Domänen herrschen überhaupt unerhörte Zustände in bezug auf die Behandlung der Arbeiter, die an die schlimmsten Zeiten des Feudalismus erinnern. Besonders traurig sind vor allem die Wohnungsverhältnisse. Der Bau von Neuwohnungen geht nach unserer Auffassung noch viel zu langsam vor sich. Wenn man 100 Millionen für Siedlungen bereitstellt, dann haben die Landarbeiter auf den Staatsdomänen gewiß das Recht, menschenwürdige Wohnungen zu verlangen. Gerade in der jetzigen Zeit ist der Schutz der Arbeitskraft die erste Pflicht des Staates. Aber sie haben nicht nur ein Recht auf gesunde Wohnungen, sondern auch auf ausreichende Löhne, auf menschliche Behandlung und auf Anteil an der modernen Kultur. Dieses Recht wird ihnen von den Domänenpächtern verweigert und der Staat hat die Pflicht, auf seinem eigenen Grund und Boden durch Druck auf die Rückzieher der Staatsdomänen bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse für die Landarbeiter zu erzwingen. (Leb! Leb! b. d. Soz.)

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger macht auf die Pachtverhältnisse der Domänenpächter aufmerksam, die bei einem Aufkommen von 11,1 Millionen Mark jetzt 4,3 Millionen Mark betragen. Davon entfallen 4,6 Millionen auf den Osten und 1,7 Millionen auf den Westen. Ein generelles Abkommen mit dem Domänenverband zur Stützung der Pächter habe er abgelehnt. Er müsse bei den bisherigen Pachtverhältnissen bleiben. In dessen solle eine verstärkte langfristige, größtenteils zinsfreie Siedlung gewährt werden. Für Siedlungen zwecks fünf Domänen bereitgestellt, doch müsse bei dem großen Angebot auf dem freien Markt Zurückhaltung in der Vergabe von Domänen geübt werden. Der Landarbeiterwohnungsbau habe seit 1920 eine wesentliche Förderung erfahren.

# Die Londoner Flottenkonferenz

Italienisch-französischer Gegensatz — Neue Abrüstungsmahnung der englischen Regierung

Die Hauptdelegierten zur Flottenkonferenz hatten am Montag eine dreistündige Unterredung, nach deren Abschluß ein nichtsagen des Communiqués ausgegeben wurde, in dem es hieß, daß die Delegierten die Tagesordnung der weiteren Verhandlungen der Konferenz beraten hätten. Dieses Communiqués deutete mit keinem Worte an, daß es im Laufe der Besprechungen am Montag zu einer überaus scharfen Auseinandersetzung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu und dem italienischen Delegierten Grandi gekommen ist, die beinahe die gesamte Zeit der Sitzungen ausfüllte. Beide, Franzose und Italiener, wollten an die Spitze der Tagesordnung, einige Punkte einbringen. Die Franzosen wünschten die von ihnen vorgeschlagene Möglichkeit der Tonnageverziehung zwischen den verschiedenen Schiffskategorien, die Italiener hingegen die Festlegung einer Maximalstärke für die größte Kraft an die Spitze der Verhandlungen gestellt zu haben. Den Sieg errang schließlich Lardieu — aber weniger, weil sein Argument als durchschlagender empfunden wurde, als deshalb, weil man keinen anderen Ausweg fand, als die Frage nach der alphabetischen Ordnung der Länder zu entscheiden.

In Konferenzkreisen gab man sich am Montag nachmittags keiner Täuschung darüber hin, daß die Heftigkeit dieser Auseinandersetzung zwischen Lardieu und Grandi nur dadurch zu erklären sei, daß hinter dem Ringen um eine geschäftsordnungsmäßige Parität die ganze Flottenparität zwischen Italien und Frankreich deutlich geworden sei. Man ist sich klar, daß dieser Zusammenstoß ein Vorzeichen für ernstere Auseinandersetzungen zwischen Italien und Frankreich darstellte, die aus der italienischen Forderung nach Parität mit Frankreich einerseits und der französischen Ablehnung dieser Parität andererseits entspringen werden.

Die englische Regierung hat den Zeitpunkt der Flottenkonferenz dazu benutzt, um einen neuen, weitläufigeren Beweis ihres ersten Wunsches nach Abrüstung zur See zu geben. Wie bei Beginn der Montag-Vormittags-Sitzung bekannt wurde, hat die britische Regierung den Beschluß gefaßt, den Bau der beiden 10 000-Tonnen-Kreuzer „Surrey“ und „North-Cumberland“ definitiv einzustellen. Wie erinnertlich hat Macdonald bereits mehrere Wochen nach seinem Regierungsantritt die vollständige Einstellung der Arbeiten an diesen beiden Kreuzern angeordnet. Die damalige Mitteilung Macdonalds ist nunmehr durch die Abgangsgangung aller Bauarbeiten bestätigt worden. Die Abfahrt der Konferenzkreisen starken Eindruck hervorgerufen und wird nach den vorliegenden in London anmelde Delegationen als ein Beweis dafür geachtet, daß die britische Regierung völlig Vertrauen in das Gelingen der Konferenz setzt.

**Stadt-Theater**  
(Opernhaus)  
Dienstag  
20 bis nach 22,30 Uhr  
Abonn.-Postl. F 11  
**Die Bohème.**  
Mittwoch  
20 bis nach 22,30 Uhr  
Abonn.-Postl. G 11  
**Der Mazurka Oberst.**  
Donnerstag  
20 bis nach 22,15 Uhr  
**Die Geisha.**

**Lobe-Theater**  
Telefon 58747  
Dienstag, 20,15 Uhr  
und täglich,  
**... Vater sein  
dagegen sehr!**

**Thalia-Theater**  
Telefon 58747  
Dienstag, 19,30 Uhr  
**Die andere Seite.**  
Dienstag, 20,15 Uhr  
und täglich  
**Trojaner**

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. 36300.  
Künstl. Leitung:  
Dir. Hans Lipschütz  
Wegen des sensationellen  
Erfolges  
verlängertes Gaspiel  
**Erni Jolan**  
**Walter Jankuhn**  
Heute Dienstag, den 28.  
8 Uhr

**Gräfin Mariza**  
Operette in 3 Akt.  
von E. Kálmán  
Mittwoch, den 29. Jan.  
8 Uhr

**Der Bette'student**  
Nachm. 4 Uhr:  
**Rübezahi**  
Kindermädchen mit  
Gesang u. Tanz in  
8 Bildern  
(Volkstümliche Preise)  
40 bis 2,50 Mk.

**Circus  
Busch**  
Unwiderrull. letzte Woche!  
Schluß:  
Sonnabend, 2. Februar  
12gl. 8 Uhr, Mittwoch,  
Donnerstag u. Sonnabend  
auch 3gl. Uhr, ganz kleine  
Preise, 50 Pf. — 1,50 Mk.  
Abschiedsamt. a. 3gl. U.  
halbe Preise! Erw. u. Kind.  
Zum letzten Male:  
Wasser - Manège - Schau-  
stück „Abentener in  
den Abzessen“  
Wasserschiffchen, Feuer-  
regen a. d. Circuskuppel

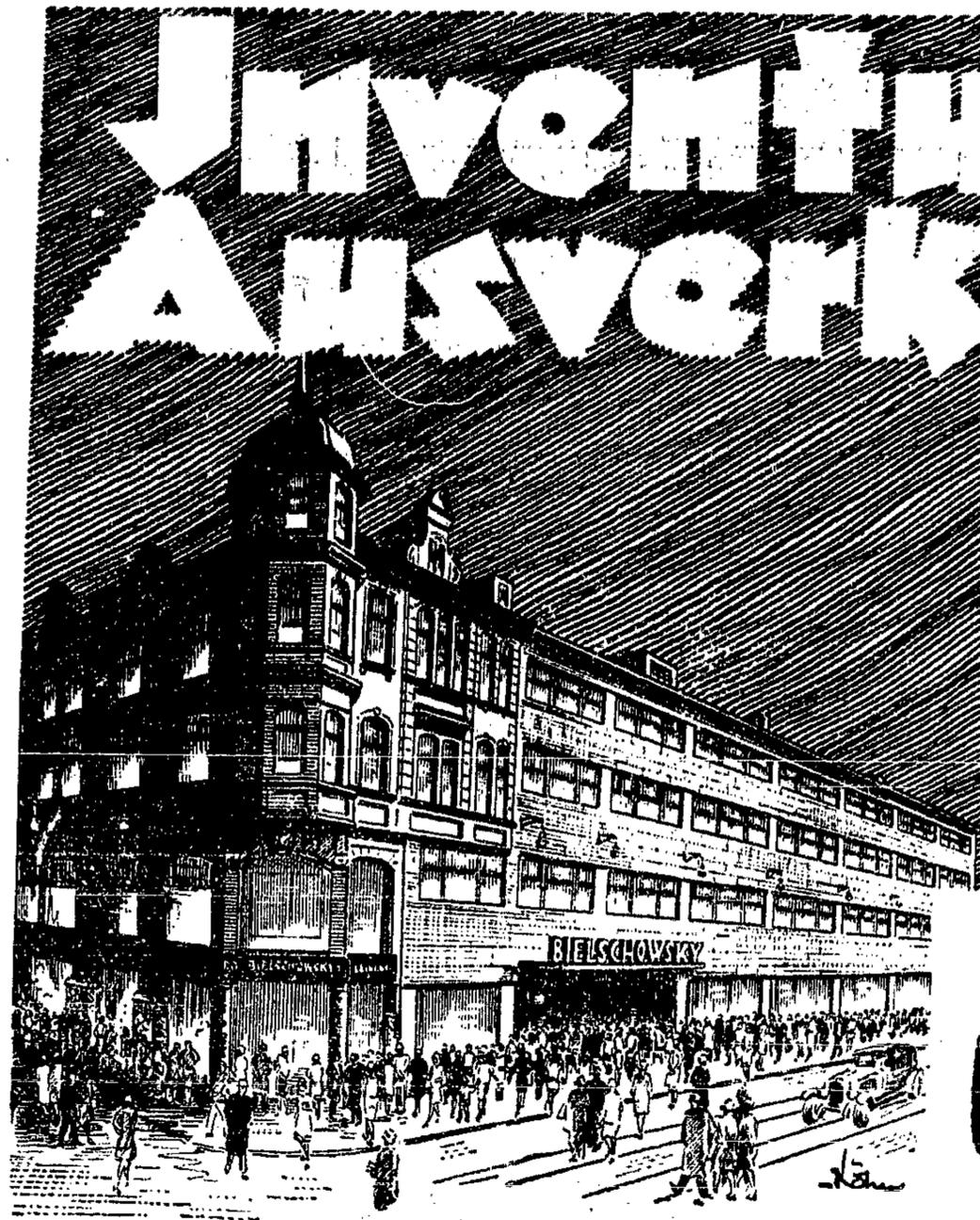
**Trad=** Mohaupt  
nur  
Kettl. 1.1.  
5de  
Schweidnitzer Str. Tel. 57082  
**Leihweise**  
Smoking u. Gehrodanzüge  
Stapphüte u. Dienertoreen

**Parteilreunde**  
kaufen Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswacht**

**Luna-Park**  
Dreslau-Morgenzau Tel. 55604  
Straßenbahnverbindung bis zum Lunopark  
Die Sensation der Wintersaison:  
„Graf Zeppelin's Weiffahrt“  
Heute Dienstag  
sowie morgen Mittwoch  
Der beliebteste  
**Verkehrte BALL**

**Masken Theater-  
Kostüme**  
neue erstklassige und preisgünstige  
vielleicht billig größtes Spezialhaus  
**H. Wiersing** Heiserstraße 50  
Telephon 21644

**Proletarier!** Beseitigt die Hindernisse des  
Sprachschranken! Lerne die  
Weltsprache Esperanto,  
die von Arbeitern aller Nationen  
geredet und verwendet wird



**Beginn:  
Morgen  
Mittwoch  
d. 29. Januar!**

**Nur  
6 Tage!**

**10-40 Prozent Preisermäßigungen!**

**Auf alle regulären Waren 10% Rabatt**

Schnellste Abfertigung ist durch Errichtung zahlreicher Hilfskassen u. Ausgabestellen gewährleistet

Verlangen Sie ein Sammelbuch falls Sie in mehreren Abteilungen kaufen u. Zuwendung der Ware wünschen

**Bielschowskij**  
Linnenhaus  
NIKOLAI-STR. BRESLAU ECKE HERREN-STR.

**Dr. W. KAROLI**  
**Geburteneuglung**

Der Frau  
zum Schutz!  
Der Familie  
zum Segen!

Diese, von freiem, stillen Ernst getragene Broschüre behandelt die Geburteneuglung und versendet gegen Einsendung von 50 Pf. (Nachnahme 80 Pf. mehr)  
Birma Hermann Hoffmann, Breslau 6, Postfach 2.

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit  
**Schenke bluge und gute Bücher**  
**VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN**  
Neue Graupenstr. 5 / Friedr.-Wilh.-Str. 105 / Flurstr. 4

**Brauerei und Ausschank**  
**Zum großen Meerschiff**  
E. Vogel  
Reuschestraße 28 2 Minuten vom Königsplatz  
Fernsprecher 50633  
Donnerstag, den 30. Januar:  
**Gishoff**  
auch in Flaschen und Siphons frei Haus

**Berücksichtigt unsere Interenten!**

**Franz Mehring**  
Schriften zur Literaturgeschichte  
Von Hebbel bis Gorki, Ln. 8.50  
Von Calderon bis Heine, Ln. 8.50  
Mehring ist der geniale Marxist der Literaturgeschichte  
**Volkswachtbuchhandlung Breslau**  
Neue Graupenstraße 5, Friedrich-Wilhelm-Straße 105, Flurstraße 4

Breslauer Nachrichten

Der Vorstand beruft die ordentliche Generalversammlung

Sozialdemokratischen Vereins Breslau auf Freitag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr pünktlich, nach dem Zentralballsaal, Westendstr. 10, ein.

Tagesordnung:

- 1. Berichte: a) Geschäftsbericht; b) Kassenbericht; c) Bericht der Revisoren; d) Bericht der Pressekommission; e) Bericht des Bildungsausschusses. 2. Aussprache. 3. Wahlen: a) des Vorstandes; b) der Revisoren; c) der Pressekommission; d) der Bibliothekskommission; e) des Bildungsausschusses. 4. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Anträge außerhalb der veröffentlichten Tagesordnung, die der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen schriftlich unterbreitet werden (§ 18 des Statuts). Mit beratender und beschließender Stimme können an der Generalversammlung teil: Die gewählten Vertreter, sowie die Mitglieder des engeren erweiterten Vorstandes. Teilnahmerecht mit beratender Stimme haben: Die Revisoren, die Mitglieder der Pressekommission und Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich, außerdem Redakteure der Volkswacht.

Allerhand Helfer

Der Stadt Breslau wird jetzt durch allerhand Sensationsmeldungen geholfen. Sie bekommt gegen Verpfändung der städtischen Betriebswerke einen Kredit von 20 Millionen. Überall ist man schon davon, bloß auf dem Rathaus noch nicht. Doch es ist, dort ist auch Feuer. Also muß etwas hinter den Vorhang geholt werden. Es sind privatkapitalistische Kreise, die über solchen und ähnlichen Plänen brüten, gegen die die Stadt zur Wehr sehen muß. Wichtig ist, daß auf dem Rathaus die Frage der Umwandlung der städtischen Werke in Aktiengesellschaften erwogen wird. Es gibt Kommunalpolitiker, die in dieser Betriebsform einen Vorteil gegenüber der heutigen sehen. Der Streit hierüber geht in der kommunalpolitischen Welt schon lange. Dresden soll mit der Umwandlung gute Erfahrungen gemacht haben. In jedem Falle aber handelt es sich bei nur um eine Frage der Betriebsform, denn die Stadt würde weiterhin der Aktien sein. Wenn gewisse Kreise so auch mit 20 Millionen wüßten (ob sie die Millionen wirklich haben, weiß man nicht), so ist es doch ganz ausgeschlossen, daß die Stadt auf solche Leistungen hincinschauen könnte. Aber wenn jemand ein Projektentwickler seine Ansichten am Bierisch zum Ausdruck gibt, finden diese Ansichten als wunder wie wichtig ihren Weg in die Presse. Mit einem Wort: Alles, was man über die 20 Millionen hört und liest, ist leeres Geschwätz.

Aufgaben der Gerichtshilfe

im Vorverfahren, in der Hauptverhandlung und im Gnadenverfahren — Die Stellung der Verteidigung gegenüber der Gerichtshilfe

In einer Vortragsreihe, die das Wohlherrsamt überragen der Sozialen Gerichtshilfe veranstaltet, sprachen am letzten Abend Staatsanwaltschaftsrat Genosse Dr. Goldmann über die Aufgaben der Gerichtshilfe im Vorverfahren, der Hauptverhandlung und im Gnadenverfahren, und Rechtsanwältin Genossin Bandmann über die Gerichtshilfe und ihre Zusammenarbeit mit der Verteidigung.

Genossin Goldmann schilderte die Schwierigkeiten, die es der Staatsanwaltschaft und dem erkennenden Gericht bereitet, in der Hauptverhandlung die Persönlichkeit des Täters ergründend und gerecht zu beurteilen. Er betonte, welche Bedeutung die Unterstützung durch fürsorgerisch geschulte Kräfte in der Ermittlung der persönlichen Verhältnisse des Angeklagten für die Gerechtigkeit hat. Die Polizei ist nicht in der Lage, bei ihren Ermittlungen die sozialen und psychologischen Zusammenhänge anzuklären, die oftmals Ursache einer strafbaren Handlung sind. Die Soziale Gerichtshilfe ist, sofern sie ihre Berichte streng objektiv abfaßt und sich im Rahmen der ihr gesetzten Grenzen hält, als Hilfsorgan für die Justiz heute nicht mehr entbehrlich. Sie darf allerdings nicht etwa versuchen, an die Ermittlungen über die strafbare Handlung anzuschließen, sondern sie muß sich darauf beschränken, die Täterpersönlichkeit zu erforschen und dem Gericht Unterlagen beizubringen, die ermöglichen, sowohl bei der Schuldfrage als auch bei dem Strafmaß die persönlichen und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters gerecht zu berücksichtigen. Die Gerichtshilfe ist geeignet, zu helfen, daß die bestehende Vertrauenskrise gegenüber der Justiz überwunden wird. Träger der Gerichtshilfe sollen wie in Breslau, so auch an anderen Orten, die Wohlherrsamter sein. Die Übertragung der Gerichtshilfe an freie Vereinigungen der Wohlfahrtspflege ist bedenklich und nicht empfehlenswert, da hier die notwendige Verschwiegenheit und Unparteilichkeit nicht immer gewährleistet ist.

Genossin Bandmann gab zunächst eine ausgezeichnete Übersicht über die Stellung der Verteidigung im Strafverfahren. Er betonte die Verpflichtung des Verteidigers, bei der Rechtsberatung mitzuwirken und im Interesse des Angeklagten alle Gesichtspunkte geltend zu machen, die zu seiner Entlastung dienen können. Dabei muß der Verteidiger sich allerdings bewußt bleiben,

Schlesische Auswandererstatistik

In einem Vierteljahre holen über 700 Schlesier Auskünfte ein Nordamerika das meistgefragte Land — Die Berufe der Auswanderungslustigen Auch Fünfzigjährige wollen eine neue Heimat suchen

Die außerordentlich große Wirtschaftskrise in Schlesien läßt es verständlich erscheinen, daß sich zahlreiche Menschen mit dem Gedanken vertraut machen, die Heimat zu verlassen und anderswo ein besseres Glück zu suchen. Die Zahl der Wanderungslustigen ist gar nicht so klein, wie man etwa annehmen möchte, haben doch im letzten Vierteljahre 1929 nicht weniger als 742 Menschen bei der „Schlesischen Auswandererberatungsstelle“ über alle möglichen Auswanderungsangelegenheiten und -gebiete Auskünfte eingeholt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß viele Auswanderungslustige, die bereits Verwandte oder Angehörige in fremden Ländern haben, gar nicht erst Informationen einholen, so daß eine solche Statistik eine vollständige Uebersicht gar nicht geben kann.

Von den 742 eingegangenen schriftlichen und mündlichen Anfragen waren 570 aus Niederschlesien und 101 aus Oberschlesien, während der Rest aus anderen Gebieten kam.

Interessant sind die Aufzeichnungen über die angefragten Länder. Sie ergeben, daß das Hauptinteresse den Vereinigten Staaten von Nordamerika gilt, wurden doch über dieses Land 311 Auskünfte verlangt. Fast gleich groß ist das Interesse für Südamerika, denn auch über die Existenzmöglichkeiten in diesem Gebiet gingen 284 Anfragen ein. An dritter Stelle folgen die, die zwar ihrem Heimatlande den Rücken kehren wollen, aber eine Distanzreise nicht unternehmen möchten, sondern sie, mit einem anderen Lande innerhalb Europas begnügen. 241 Anfragen dieser Art zeigen, daß das Interesse immerhin ansehnlich ist.

Für die ehemaligen deutschen Kolonien, vor allem für die dortigen Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten interessierten sich 131 Auswanderungslustige und fast gleich groß ist die Zahl der Interessenten mit 115 für das übrige Afrika. Mehr als 100 erkundigten sich 36 Personen und selbst mit der Auswanderung nach Australien beschäftigten sich 28 Fragesteller. Das geringste Interesse wurde für Mittelamerika bezeugt. Nur 5 Personen suchten über dieses Land um Auskünfte nach. 75 Anfragen beschäftigten sich nur mit allgemeinen Fragen über die Auswanderung ohne Angabe eines bestimmten Ziellandes.

Die Berufsgliederung der Auswanderungslustigen ergibt, daß Beschäftigte aus Industrie, Bergbau und

Baugewerbe mit 219 an der Spitze stehen. Aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei und Fischerei kamen 160 Interessenten, während Berufe aus Handel und Verkehr einschließlich dem Schant- und Seehandelsberufe mit 131 an dritter Stelle registriert wurden. Es folgen die freien Berufe mit 74 Angehörigen. 47 Anfragende stehen in häuslichen Diensten oder anderer Lohnarbeit und elf betätigten sich im Gesundheitswesen. Einhundert Fragesteller hatten ihren Beruf nicht angegeben.

Wie man annehmen kann, steht die Mehrzahl der Auswanderungslustigen im besten Mannesalter. Die Statistik bezeugt es. 334 Auswanderungslustige stehen im Lebensalter zwischen 20 und 30 Jahren an der Spitze. Genau die Hälfte, also 119, waren zwischen 30 und 40 Jahre alt. Es folgen dann die unter 20 Jahre alten mit 67 und auch die Vierzig- bis Fünfzigjährigen sind mit 42 in einer immerhin stattlichen Zahl vertreten. Selbst fünfzig über 50 Jahre alte Personen wollten noch das Magnis unternehmen, in anderen Lande ihr Leben und eventuell alle Gewohnheiten umzustellen.

Die Statistik insgesamt läßt erkennen, daß Beratungsstellen dieser Art außerordentlich wertvoll sind, denn sie können durch eingehende Belehrung vor einem Weg ins vollkommen Ungewisse warnen, der von vornherein den Auswanderungslustigen ins Unglück führen mag. Sie können aber auch dem Unentschlossenen, der nur den einen Willen hat, heimatischen Staub von den Füßen zu schütteln, ohne sich über ein Ziel klar zu sein, Rat schläge geben, die ihn vor zu großen Enttäuschungen bewahren, ihm sogar glückbringend sein können. Daß die Zeit der Zeitungsleser, die es zu riesigen Millionen bringen können, vorbei ist, braucht in diesem Zusammenhang nicht erst besonders betont werden. Kapitalismus ist überall auf der Erde und damit auch Ausbeutung, wenngleich der einzelne hier oder dort ein besseres Fortkommen finden kann, als da, wo er das Licht der Welt erblickte. Mit überpanneter Hoffnung sollte deshalb niemand die Rette in die Welt antreten. Man soll andererseits den Wagemutigen aber nicht aus ergründigen, etwa gar nationalistischen, Motiven zurückhalten versuchen, wenn er in anderer Umgebung leben will, denn Völkerverständigung kann im gewissen Sinne auch wesentlich zur Völkerverständigung beitragen.

Das Betriebsecho Nr. 1

ist sofort im Parteisekretariat Zimmer 170, abzuholen

daß es nicht seine Aufgabe ist, Unrecht in Recht zu verwandeln oder einen Schuldigen der verwirkten, gerechten Strafe zu entziehen. Die Verteidigung kann in ihren Bemühungen das erkennende Gericht zum Verständnis für die Täterpersönlichkeit zu gewinnen, durch die Soziale Gerichtshilfe wesentlich unterstützt werden. Genossin Bandmann legt besonderen Wert darauf, daß die Gerichtshilfe nicht nur schriftliche Berichte zu den Akten gibt, sondern in geeigneten Fällen in der Hauptverhandlung auftritt, um mündlich die gemachten Feststellungen zu erläutern. Er wünscht weiter, daß in Zukunft die Gerichtshilfe nicht nur auf Ersuchen von Staatsanwaltschaft und Gericht in Tätigkeit tritt, sondern daß auch die Verteidigung das Recht hat, eine Berichterstattung durch die Gerichtshilfe anzuregen. Diese Frage ist bisher noch nicht erörtert worden und sie erscheint für die weitere Entwicklung der Gerichtshilfe von sehr wesentlicher Bedeutung. Es wird sich empfehlen, die Anregung im Kreise von Anwälten noch näher zu erörtern, da bei einer planmäßigen Ausdehnung der Erluchen an die Gerichtshilfe auf die Verteidigung der Umfang der Arbeit wesentlich gesteigert werden wird. Bei der heutigen Finanzlage der Städte, die für diese freiwillige soziale Aufgabe nur begrenzte Mittel zur Verfügung stellen können, werden vorseiten der städtischen Verwaltungen voraussichtlich aus finanziellen Gründen Bedenken gegen die Anregungen des Genossen Bandmann geltend gemacht werden. Es kann aber nicht verkantet werden, daß diese Vorschläge im Interesse der Angeklagten sehr beachtlich und ihre Durchführung erwünscht ist. M. E. P.

Stadtoberordnete, Stadträte!

Heute, den 28. Januar, 20 Uhr, wichtige

Fraktionsitzung

im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Warnung vor unsicheren Bau- und Sparvereinigungen

In den hiesigen Tageszeitungen erscheinen immer wieder Ankündigungen, in denen, teilweise weitherkommend, neugegründete Baugenossenschaften, Sparvereinigungen und ähnliche Unternehmen mit hochtönenden Namen unter mannigfachen Versprechungen Mitglieder werben. Die Verpächter gipfeln meist darin, daß den Mitgliedern gegen verhältnismäßig geringe Einzahlungen in absehbarer Zeit ein Eigenheim oder eine Wohnung in Aussicht gestellt wird. Derartige Veranlassungen und deren Betreiber stecken sich meist unerreichbare Ziele mit einer starken Ueberschätzung ihrer wirtschaftlichen Kräfte und auch ihrer organisatorischen Fähigkeiten, wobei sie im besten Falle ihre Versprechungen nicht erfüllen, häufig aber auch diejenigen, die sich ihnen anvertraut haben, in finanzieller Hinsicht bitter enttäuschen.

Es wird dabei sehr oft außer Acht gelassen, daß zum Bauen jetzt fast doppelt so viel Kapital wie vor dem Kriege benötigt wird, und daß nur der einen Bau beginnen sollte, der sich auch die Bauplätze in voller Höhe gesichert hat. Insbesondere muß berücksichtigt werden, daß Eigenheim-Erbauer auf Förderung ihres Baues durch Bewilligung von Hauszinssteuer-Erleichterungen nur rechnen dürfen, wenn sie einen Bauplatz besitzen, der zu einem angemessenen Preise erworben ist, und im übrigen den Nachweis erbringen, daß die Deckung der gesamten Baukosten vor Baubeginn rechtsicher gestellt ist. Die zahlreich aufstrebenden Neugründungen von Baugenossenschaften, Sparvereinigungen usw. bedeuten vielfach nur eine Zerstückelung der Sparsparität und verkrachten außerdem noch einen großen Prozentsatz der eingesparten Mittel für die Geschäftsführung, Einrichtung der Genossenschaft und Propagandatätigkeit.

Es muß daher vor dem Eintritt in derartige Vereinigungen ohne sorgfältige Prüfung der Verhältnisse gewarnt werden. Jedem Wohnungsuchenden ist zu empfehlen, bevor er einem derartigen Unternehmen zur Erlangung einer Wohnung beiträgt, sich Rat und Auskunft zu holen. Der Magistrat — Abteilung für Kleinwohnungsbau (Müllerplatz 14/15) wird auf Wunsch Auskunft erteilen.

Vollsbüchereien im eingemeindeten Gebiet

Durch die Eingemeindung ist eine Anzahl von Vollsbüchereien in städtische Verwaltung gekommen. Am größten und schönsten ist die Bücherei in Deutsch-Lissa, die auch mit einer Lesehalle verbunden ist. Ihr hat noch die Gemeinde Deutsch-Lissa vor der Eingemeindung in dem unerrichteten Freizeithaus ein schönes und würdiges Heim geschaffen. Die Bücherei hat jetzt einen Bestand von etwa 2500 Bänden. Schwierig zu lösen war die Frage der Fortführung der kleineren Büchereien in Cawallen, Groß-Lischansky, Hartlieb, Klein-Mochern, Krieteren, Koienthal. Zunächst beabsichtigte man, ein Büchereiauto anzuschaffen, also eine fahrbare Bücherei einzurichten. Die Automobilfabrikanten zeigten großes Interesse, mehrere Firmen lieferten auch sehr brauchbare Zeichnungen. So schien es durchaus möglich, einen Wagen zu schaffen, der etwa 3000 Bücher beherbergen und einen kleinen Ausleihraum enthielt, in dem die Leser so sorgfältig wie in einer stehenden Bücherei abgefertigt werden konnten. Die Finanznot der Stadt unterband aber die Durchführung dieses Planes und man mußte sich darauf beschränken, die Bestände der einzelnen Büchereien zu einer einheitlichen Bücherei Nr. 10 zusammenzufassen, zu ergänzen und dann in vorläufig sechs Abteilungen zu teilen, um sie in der Form einer Wanderbücherei in den obengenannten Orten den Lesern zugänglich zu machen. Die Buchausleihe findet meist am Montag von 18 bis 20 Uhr in den Schulgebäuden der einzelnen Ortschaften statt. Es ist zu hoffen, daß die Büchereien noch reger als früher benutzt werden.

Zwei Einbrecher gefaßt

Vor einigen Tagen wurde in ein Radiogeschäft in der Poststraße ein größerer Einbruch verübt, bei dem Funkgeräte im Werte von 2450 Mark gestohlen wurden. Durch den verlustigen Verlaufs der Beute gelang es der Kriminalpolizei, dem Einbrecher auf die Spur zu kommen. Es handelt sich um den 44-jährigen Photographen E. K., bei dem noch ein Teil des gestohlenen Gütes sichergestellt werden konnte. Der Festgenommene konnte bei den weiteren Feststellungen noch überführt werden, einige Tage später auch die Wädgerschleuse in der Mittelgasse ausgemittelt zu haben, wobei ihm der Bäcker R. Ch. behilflich war. Die hierbei gestohlenen Sachen konnten den Besitzern restlos zurückgegeben werden. Die beiden Einbrecher wurden dem Amtsgericht zugeführt.

Volksthor Breslau

Mittwoch, 29. Januar, 20 Uhr, im Breslauer Konzerthaus, Gartenstr.

Konzert

Die Jahreszeiten

Oratorium von Josef Haydn

Mitwirkende: Charlotte Krämer-Dietrich (Sopran) Karl Brauner (Tenor) Bruno Sante (Bass) und die Schlesische Philharmonie Leitung: Otto Burkert Eintrittskarten: 2.00, 1.50 und 0.50 Stk. sind im Gewerkschaftshaus-Restaurant und an der Abendkasse erhältlich



# Vermischtes

## Pflaumenblüte in Holland

In der holländischen Provinz Limburg, den Orten der Grafschaft und Raalte, stehen infolge der milden Januar-erwärmung augenblicklich die Pflaumenbäume in voller Blüte.

## Außlands neue Zeitrechnung

Nach dem von der Regierungskommission zur Durchführung ununterbrochener Arbeitswoche beschlossenen und nunmehr dem Reichsausschuss vorgelegenden Entwurf beginnt die Zeitrechnung in Sowjetrußland mit dem Jahre 1917, dem Jahre der proletarischen Revolution. Der 7. November soll als Tag der Revolution Jahresanfang werden, das Wirtschaftsjahr dagegen am 1. Januar anfangen. Die 12 Monate im Jahr sind aber jede Woche hat nur fünf Tage. Die fünf Feiertage des Jahres enthalten u. a. den Lenintag am 22. Januar, den Namen für die Monate und Tage bleiben, aber es gibt keine Sonntage und Sonntage mehr. Jeder Monat mit demselben Wochentag anfangen.

## Immer neue Wolscheumauereien

In letzter Zeit kommen aus allen Teilen Anatoliens immer wieder Meldungen von Wolscheu-Diebstählen. Diebe steigen auf Kuppeln der Wolscheen und stehlen die Bleiplatten, bringen

## Breslauer Produktenbörse v. 27. Januar 1930

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse am 27. Januar 1930 gezeichneten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung, nur für Kartoffeln der Erzeugerpreise) (Kartoffel in vollen Wagenladungen).

### Tägliche Amtliche Notierungen (100 kg)

Tendenz Getreide: Steilg — Wehl: Fester — Delsaaten: Zufillos — Mehl: Ruhig.

Getreide:	27.	25.
Weizen* 75,5 kg (St.)-G. min. p.h.	24.10	21.80
Roggen* 71,2 kg	18.70	18.50
Hafer mittlerer Art u. Güte neu	18.00	18.00
Braugerste, feinste. . . . .	20.00	20.00
Braugerste, gute	17.50	17.50
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	10.00	10.00
Wintergerste mittl. Art und Güte	15.50	15.50

### Amtliche Notierungen für Mühlenenergieerzeugnisse (Je 100 kg)

	27.	25.	27.	25.
Wassermehl . . . . .	34.75	34.75	40.75	40.75
Wassermehl . . . . .	26.00	24.75		

Feinere Sorten werden höher bezahlt. Bei dem Verkauf ab Verladung ermäßigt sich der Preis im allgemeinen die Fracht von der Verladung.

saaten:	27.	25.	27.	25.
Senfsamen . . . . .			32.00	32.00
Senfsamen . . . . .			30.00	30.00
Alumosen . . . . .			72.00	72.00
Erbsen . . . . .	88.00	88.00		

Kartoffeln (Erzeugerpreise)  
Spelsetkartoffeln (ab Erzeugung) gelbe 2.00, rote 1.70, weiße 1.50.  
Fabrikartoffeln ab Verladung für das Prozent Stärke 0,06%.

In die Wolscheen ein und entwenden wertvolle Teppiche. Brechen die Bronzeplatten aus den Wandschmücken und die Jagenceleichen aus den Wänden. Großes Aufsehen erregt neuerdings ein in Brussa in der bekannten Muradie-Wolschee vorgekommener Diebstahl, bei dem zahlreiche wertvolle Teppiche entwendet worden sind.

## Es will nicht künstlich regnen

Ein interessantes naturwissenschaftliches Experiment der künstlichen Regenherzeugung wurde auf dem

Amsterdamer Flughafen Schiphol mit zwei Hölzerflugzeugen unternommen. Auf Grund einer im Laboratorium des Professors Keeson in London erprobten Erfindung des Technikers Neeraart nahmen die beiden Flugzeuge in Zuleitenden 2000 Kilogramm pulverförmigen Eises mit, flogen auf etwa 3500 Meter Höhe zwischen Harlem und Amuiden und warfen dann den Eisballast ab. Da die Bewölkung zu dünn war, kam es wohl zu einer starken Nebelbildung, aber nicht zur Bildung von Regenwolken. Das Experiment wird in den nächsten Tagen wiederholt werden.

# Herzlichen Dank

Allen, den Behörden, der Presse und den nach vielen Tausenden zählenden Besuchern meiner Zauberschau, — herzlichen Dank allen, die wegen ausverkauftem Hause umfahren mußten und ein zweites Mal kamen, um mein 1930er Januarprogramm im Lieblich-Theater zu sehen. Herzlichen Dank den Amtern, die es mir ermöglichten, den Schlesiern keine Eintrittspreise zu bieten; denn nur so konnte ich allen Volksschichten dienen und auch den Unbemittelten den Genuß eines erstklassigen weltstädtischen Variété-Programms verschaffen. Herzlichen Dank allen denen, die eine weite Bahnfahrt machten, um meine Zauberschau einmal bewundern zu können. Herzlichen Dank vor allem auch den Kindern, die mit ihren leuchtenden Augen und silbernem Lachen mein Zauberreich vergoldeten. Da es vielfach heißt, „Der Prophet gilt nicht im Vaterlande“, bin ich als Schlesier ganz besonders stolz darauf, diesen Dank meinen Landsleuten abfragen zu dürfen; denn mit Hilfe meiner begabtesten Landsleute ist der Aufstuf meiner 1930er Zauberschau ein Erfolg, der alle Erwartungen übertrifft. Viele Jahre komme ich schon nach Breslau. Viele Jahre möchte ich hierher nach meiner Heimat wiederkommen. Wohl über 1000 Veranstaltungen gebe ich schon in Breslau, jede Breslauer Vorstellung erbrachte einen Reinertrag. Und wird es mir vergönnt sein, nach Jahren wieder in Breslau zu gastieren, so sei auch dann die Parole wie jetzt:

# Alles zu Kassner!

Täglich 8 1/2 Uhr, Mittwoch auch 4 Uhr bei kleinen Preisen, unwiderruflich Abschied Freitag, den 31. Januar 1930.

Christopher Addison:

## Praktischer Sozialismus

Übersetzt und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Hermann Kranold-Steinhaus. **Mk. 2.00**

Volkswachtbuchhandlungen

Breslau

Neue Graupenstr. 5, Friedr.-Wilh.-Str. 105, Flurstr. 6

## Proletarierfrauen

kaufen sich die Broschüre von der Genossin Luise Otto

## Vorbeugen nicht abtreiben

Sie finden darin mehr, als in die- selbigen, gelehrten tüchtigen Büchern. Die Schrift ist ein ausreichender

## Ratgeber für Eheleute.

Am 10. Male wieder eingetroffen! Preis 80 Pf. Auswärts gegen Voreinsendung von 90 Pf. an die

Volkswacht-Buchhandlung  
Breslau III, Neue Graupenstraße Nr. 5.

# Ungeahnte

# Vorteile

bietet Ihnen mein Inventur.

# Ausverkauf

Beginn: Dienstag, den 28. Januar

Diese Preise sind kaum

glaublich, aber doch Tatsache!

**Kinderkleider**  
Sommerkleider 0.75  
Sportröcke 0.90  
1.50  
Winter-Kindermäntel  
Frühjahrmäntel  
Kinderstrickwesten  
Morgenröcke  
Selden- u. Voileblusen 2.90  
Tanzkleider  
Cape de Chine, Veloutine  
in vielen Farben  
Strickkleider und  
Strickwesten 4.90  
Wollene Kleider

**Winter-Mäntel**  
aus Stoffen englischer Art  
und Velour mit Pelzplüsch-  
kragen und Stulpen 5.90  
Frühjahrmäntel  
Sportkostüme  
Ottomanmäntel  
mit Pelzplüschkragen  
mar. und schwarz 7.90  
Kleider  
und Blusen aus  
Trikot charmeuse  
Veloutinekleider

**Winter-Mäntel**  
aus Stoffen engl. Art,  
zum Teil mit  
echtem Pelzkrag, u. Stulpen  
Ottomanmäntel 10.90  
mar. und schw.  
reich besetzt,  
zum Teil auf Futter  
Jugendliche  
Tanzkleider  
in viel. Farben u. reiner Seide  
Strickkleider  
Mollig warme  
Pelzplüschmäntel  
ganz gefüttert 15.90  
Ottomanmäntel  
mar. u. schw., z. Teil mit  
echtem Pelzkragen  
Eleg. Sportkostüme

**Weite Frauenmäntel**  
l. mar. u. schw., Ottomane  
u. farb. Velour, z. Tl. reich  
besetzt, z. Tl. ganz auf Futter  
Elegante  
lange Glockenkleider 19.75  
in Veloutine, Charmeuse,  
Moiré und Wolle  
Elegante Mäntel  
aus Stoffen engl. Art,  
Ottomane und Velour mit  
echtem Pelzbesatz  
auf Futter und Steppfutter 24.75  
Elegante  
Pelzpl.-Mäntel  
auf K. Seidenfutter  
und Zwischenfutter

**Hochelegante  
Velourpanamamäntel**  
auf Seide, mit reichem  
Pelzbesatz, u. Kragen  
und Stulpen 31.75  
**Modellmäntel**  
in mar. u. schw., Ottomane,  
in hocheleg. Macharien,  
Vornehme  
Modellkleider  
in reinseid. Marocain,  
Georgette, Tafel usw.  
In den Serien  
39.75 47.- 64.- 72.-  
eine Riesenauswahl von  
hochwertig. Mänteln u. Kleidern  
und 50% bis 70%  
herabgesetzt

# Leopold Bermann

Damen- und Mädchen-Mäntel-fabrik Gegr. 1887

Reuschestraße 55 und Reuschestraße 56  
Mäntel-Abteilung Kleider-Abteilung

Seit 42 Jahren eigene Fabrikation größten Umfanges

Zahlungs-  
Erleichterung  
durch die  
Kunden-Kredit  
G. m. b. H. (Capitol)

# Ausverkauf bei W. R. und

Vom 29. Januar bis einschl. 5. Februar

**20%** auf nicht besonders herabgesetzten Modewaren  
**10%** auf alle übrigen nicht besonders herabgesetzten Artikel

Hunderterte mod. Kragen, Garnituren, Westen, Spitzen für Kleider, Wäsche, Handarbeiten. Unsere bekannt guten Seiden, Bänder aller Art verkaufen wir zu noch niedrigeren Preisen.  
Reste fabelhaft billig.

Weissenberg & Brauer · Schweidritzer Str. 3/4

## Was sagen Sie dazu?



**Bis zur Hälfte**

der regulären Preise haben wir die nebenstehend verzeichneten Artikel für unseren

## Inventur-Ausverkauf

von Mittwoch, 29. Jan. bis Mittwoch, 5. Febr.

herabgesetzt. — Auf alle sonstigen Waren in allen unseren Abteilungen gewähren wir während des Ausverkaufes

**20% Rabatt**

und bewilligen trotzdem auf sämtliche Einkäufe unseren bewährten entgegenkommenden

**8 Mon. Kredit**

**Ohne Anzahlung**

geben wir jede gekaufte Ware sofort mit

unseren alten Geschäftsfreunden, Beamten, Festangestellten und jedermann in gesicherter Wirtschaftslage.

1. Rate März 1930

# „DABER“

DEUTSCHE BEKLEIDUNGS-GESELLSCHAFT

„Das bevorzugte Kredit-Haus der Beamtenwelt“

Breslau Jankertstraße 38/40 a. Dreiflügelhof

### Für die Dame:

**Damen-Winter-Mäntel**  
englisch gemustert. . . . . 12.50  
**Damen-Mäntel**  
Otomane mit Pelzkragen . . . . 19.75  
**Woll- u. Samtkleider** . . . . . 8.75  
**Seidne Kleider** . . . . . 12.50  
**Kostüme**  
Größe 38—43 . . . . . 9.50

### Für die Tochter:

**Weißb. Kieler Kleider**  
feinwollner Cheviot, Größe 50 . . . 9.50  
**Kinder-Kleider**  
Größe 80. . . . . 0.95

### Für den Herrn:

**Herrn-Anzüge** 26.— 28.— 45.—  
Seri I Seri II Seri III  
**Her. Winter-Mäntel** 18.— 28.— 36.—  
**Ein Posten Gummi-Mäntel** 9.90  
**Ein Posten Windjacken** 4.75

### Für den Sohn:

**Knaben-Anzüge** . . . . . 4.75  
**Knaben-Mäntel** . . . . . 5.75

### Damenwäsche

**Hemdosen**  
mit Klippelapfe und Silberornament. 1.25  
**Nachthemd**  
mit Silberornament . . . . . 2.25  
**Prinzenhöschen**  
mit mod. Silberornamenten, Klippelapfe- und Ansb. . . . . 2.75  
**Unterhosen**  
ein Restposten . . . . . 1.95

### Herrenwäsche:

**Einsatzhemden**  
weiß und makofarben, Größe 4 . . 2.75  
**Mako-Hemden**  
Größe 4 . . . . . 1.95  
**Mako-Hosen**  
Größe 4 . . . . . 1.75  
**Serviteurs**  
bunt mit 1 Kragen . . . . . 0.95  
**Portal-Oberhemden** . . . . . 2.95

### Läuferstoffe, Teppiche

65 cm breit 80 cm breit  
Jute-Brüssel-Läufer pro Mtr. 1.40 1.80  
**Extra prima Velour-Teppiche**  
Größe 200/300 in verschied. Mustern 74.—  
**Madras-Gardinen**  
moderne Farben u. Muster, Garnitur  
3 teilig . . . . . 6.80

### Schuhwaren:

**Damenschuhe**  
Bastpangenschuhe . . . . . 5.25  
Farbige Lederspangenschuhe . . . 9.75  
**Herrenschuhe**  
Braune Boxhind-Halbschuhe . . . . 12.50  
Schwarze Boxhind-Schnittriefel,  
Zahnenarbeit . . . . . 15.50  
**Kinderschuhe**  
Leck-Zugschuhe 27/30 . . . . . Paar 5.75  
31/35 . . . . . Paar 6.75  
Braune Spangenschuhe 27/30 . . . . Paar 6.75  
31/35 . . . . . Paar 7.75

Auswärtige Kunden erhalten Reise-Vergütung

Besichtigen Sie schon heute unsere großen Schaufenster und kommen Sie gleich morgen früh!

Am 25. Januar entschlief sanft nach 5 tägigen Krankenlager unser geliebter, herzenguter Sohn, Bruder und Schwager, der

## Helmut Klippel

im 18. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz:

Breslau, den 28. Januar 1930  
Quelstraße 9

Die trauernden Hinterbliebenen

**Familie Max Klippel.**

Beerdigung: Mittwoch, den 29. Januar, 15 Uhr, auf dem St. Paulus-Friedhof, im Cosel.

Gesamtverband der Arbeitnehmer der Öffentl. Betriebe u. des Personen- u. Warenverkehrs

Am Freitag, dem 24. Januar 1930, verstarb unser wertes, langjähriges Mitglied, der Kutscher

## Karl Helder

im Alter von 54 Jahren.

Seine tüchtige Tätigkeit für die Organisation, sein rechtschaffener, kollegialer Charakter sichert ihm ein bleibendes Andenken über das Grab hinaus. Die Ortsverwaltung des Gesamtverbandes.

Beerdigung: Dienstag, 28. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Leichhalle des Oswitzer Friedhofes, Tor VI.

Am 25. Januar verschied unser Mitglied

## Frau Ida Bischof

im Alter von 60 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Schürpenkasse der Städt. Rohrnetzbetriebe.

Beerdigung: Dienstag, 28. Januar, nachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr von der Gierthschens Kapelle in Gräbchen aus.

## Trauerhüte

bekannt größte Auswahl, billigste Preise!

## Hulda Siedner

Schmiedebrücke 15/16 u. 12

Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Reihweise elegante

**Rad-** Mod- und  
Smoking  
Anzüge

**A. Patalong**

Schneidemeister

Bischofstraße 3

Druckerei Bollswacht

fertigt moderne Druckarbeiten

Breslau 2 Kückstraße 4

### Kleine Anzeigen

(und sonstige geeignete ein-  
spaltige Anzeigen von 20  
Bauk. Kaufleuten u. a.  
nur von Privatpersonen. Wort  
3 Bienen, seit 4 Bienen)

Radis, Detektor mit 2 Tele-  
fontastern, wenig geb. (ca.  
ca. 45.—) für 30.— neuland  
Buchmann, Malapaneer, 33.

Zu verkaufen: 1 Kochherd, 1  
neu, 1 Kinderdoppelbett,  
pult, 1 Buchstaben, Schau-  
läden, Tragebord, Eisen,  
Freiburger Straße 12, 1. Et-  
geschosse, 11—12, über 5—

Zu verkaufen: verschied. Haus-  
möbel, Kleider, Schuhe,  
Eisener, Freiburger Str. 12,  
Wohn 3—5 Uhr.

Ein gut erhaltenes, modernes  
Eldgrammophon laut, el-  
Off. u. Str. 16 Buchhandlung  
bei Bollswacht, Friedr. -Wib-  
straße 103, erbeten.



## Wird Dr. Unblutig niemals heiraten?

Aufbewahren! heiratet? Fortsetzung folgt!

Viele seiner Verehrerinnen haben sich darüber den Bublikopf zerbrochen. Warum heiratet der mit Recht so beliebte Dr. Unblutig nicht? Die Wohnungsnot, die so viele glückliche Ehen verheißt, brauchte ihn nicht zu hindern, denn er bewohnt die Zeitungsspalten. — Inzensiv, chronisch, standhaft und innig verehrt ihn die Witwe Aurelle Zwickfuß, Besitzerin eines respektablen Vermögens und einer wohlbesetzten Hühneraugenfarm. Sie kleidet sich einfach aber geschmacklos und besucht Dr. Unblutig seit einiger Zeit täglich, schaut ihm mit ihren sämtlichen Hühneraugen verführerisch in die gültigen Augen und stößt mit murrender Stimme: „Ach Doktorchen! Kukirol!“

Gemeint ist natürlich nicht irgend eine der existierenden Nachahmungen, sondern das echte, hundertmillionenfach bewährte Kukirol-Pflaster, das alle Hühneraugen, Hornhaut und Wunden schmerzlos und restlos entfernt.

Für den Erfolg leistet die Kukirol-Fabrik volle Garantie. Bleibt er einmal ausnahmsweise aus, dann erhalten Sie anstandslos Ihr Geld zurück. Das Kukirol-Pflaster ist so dünn wie ein Löschblatt. Dadurch trägt es nicht auf und drückt auch nicht was speziell für Damen von größter Wichtigkeit ist.

### Fußschmerzen, Brennen

und Wundlaufen beseitigt das Kukirol-Fußbad. Es erfrischt und stärkt die Füße und erhöht damit die Leistungsfähigkeit. Bei müden und schmerzenden Füßen ist das Kukirol-Fußbad eine wahre Wohltat. Eine Packung mit 4 Kukirol-Fußbädern kostet 75 Pfg. Das Kukirol-Pflaster kostet ebenfalls 75 Pfg. Ihr Apotheker oder Drogist hat alle Kukirol-Präparate vorrätig und wird sich freuen, Ihnen durch den Kukirol-Verkauf Erleichterung von Ihren Fuß-Beschwerden zu verschaffen.

**Kukirolen Sie mit Garantie!**

Buchhandlung

Bollswacht

Moderne Anzeigen

Breslau 2, Kückstraße 4

Berücksichtigt unsere Anzeigen?

## Mordaufklärung nach vierzig Jahren

### Die Affäre Adam - Ein skandalöses Kapitel aus der französischen Justiz

Die Affäre Adam, die ebenso wie der Dreyfuß-Prozess zu dem der skandalösesten Kapitel im französischen Strafvollzug gehört, hat nunmehr nach fast vierzig Jahren eine Aufklärung gefunden, die in den nächsten Wochen schon zur völligen Rehabilitierung der unglücklich Verurteilten führen wird.

Am 13. März 1881 verurteilte das Schwurgericht zu Epinal den alten Schmiedemeister Lorenz Adam, dessen Frau und sein Sohn Justin, an Habebaupt in den Klagen anständig, den Mord an einer alten Wirtshausbesitzerin zu sechzig Jahren Zuchthausarbeit. Bei Verkündung des Urteils wurde Frau Adam wahnsinnig und starb später im Irrenhaus. Der alte Schmiedemeister und sein Sohn wurden in die Strafkolonie Guyana gebracht, wo sie sich musterhaft benahmten und in mehreren Wirtshäusern immer wieder ihre Schuldlosigkeit beteuerten. Die französische Kassationsinstanz lehnte jedoch mangels beweiskräftiger Argumente ein Eingreifen ab. Der alte Lorenz Adam starb schon nach wenigen Jahren in der Strafkolonie, während sein Sohn 1908 begnadigt wurde und die Erlaubnis erhielt, in seine Heimat zurückzukehren. Der Bewohner des kleinen Vogelfendörchens nahm ihn freundlich auf. Niemand von ihnen glaubte an die Schuld der Familie Adam. Justin fand eine Anstellung als Eisenbahnschaffner, die ihm zu voller Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausfiel. Seine Tätigkeit verwendete er darauf, eine Revision seines Prozesses zu erreichen. Endlich im August 1923, 17 Jahre nach seiner Freilassung, setzte das Gericht einen Termin zur Prüfung der Angelegenheit an. Das Gesuch wurde auch jetzt wieder abgelehnt. Justin Adam nahm sich den Urteilspruch so zu Herzen, daß er sich wie seine Mutter der Verurteilung verlor. Er starb am 21. August 1923 im Irrenhaus von Mareville.

Mit dem Tode dieses letzten direkt Beteiligten hatte aber die Angelegenheit, so sehr es auch die französischen Gerichte wünschten, noch nicht ihr Ende gefunden. Ein Bruder des Verurteilten, Louis Adam, übernahm jetzt die Aufgabe, seine Familie zu rehabilitieren. Er sicherte sich den Beistand des angesehenen Rechtsanwaltes Pierre Cardel und arbeitete an der Herbeischaffung des erforderlichen Entlastungsmaterials. Schließlich erhielt eine Frau, die Witwe Claude, die in der Zeit belastende Angaben gemacht hatte, Kenntnis davon, daß der Rechtsanwalt zum Studium der Akten in Epinal wollte. Sie suchte ihn auf und teilte ihm mit, daß sie damals im Jahre 1901 eine nicht ganz richtige Aussage gemacht habe. Das fragliche Zeugnis, vor dem sie das Zeugniss als wichtiges Indizium bezeichnete, über den Mord gehört habe, sei gar nicht die Aussage der Familie Adam, sondern eine ganz andere gewesen. Im Jahre 1901 Lokaltermin noch nicht im Prozeßverfahren gewesen sein, wäre der Irrtum, der zur Verurteilung der Angeklagten führte, möglich gewesen. Nur aus Furcht vor dem Mann, der aber vor einigen Tagen gestorben sei, habe sie, die Witwe Claude, bisher geschwiegen. Diese wichtige Aussage wurde sofort an Ort und Stelle nachgeprüft und als richtig befunden. Als Mörder der alten Wirtshausbesitzerin kommen die nächsten Angehörigen von ihr in Betracht, die sie später bestrafen und den Einwohnern durch ihr schmerzliches Weinen aufwiegen können nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden, da sie inzwischen verstorben sind.

Die Sicherheit, mit der die Witwe Claude ihre Aussage machte, veranlaßte die Richter der Kassationsinstanz endlich, die Wiederaufnahme des Prozesses zu verfügen. Gleichzeitig wurde ein Disziplinarverfahren gegen die Beamten eröffnet, die mit der Affäre zu tun hatten. Wie Rechtsanwalt Cardel erst jetzt der Pariser Presse erklärte, ist es sicher, daß die Revision zur völligen Rehabilitierung der Familie Adam führt. An die unterlebenden dürfte eine hohe Entschädigungssumme gezahlt werden.

### Kind vom Wolf gepackt

In der Nähe des südlawischen Dorfes Uroshewac wurde heute Morgen ein zehnjähriger Junge auf der Landstraße von einem Wolfswelpen angefallen. In seiner Angst sprang der Knabe in einen mit Schnee gefüllten Straßengraben, wo er von den Bestien umringt wurde. Einer der Wölfe faßte ihn mit den Zähnen und zerriß ihm einige Meter aus dem hohen Schnee fort, ohne ihn zu verletzen. Als sich aus dem Dorfe ein Schlitten mit laut klingenden Hunden näherte, wurden die Wölfe verschreckt. Zur großen Ueberraschung fand man das Kind lebend und unversehrt. Nach Befreiung von dem überstandenen Schrecken erklärte der Kleine, daß ihm die wilden Tiere nur das Gesicht und die Hände gelemmt hätten.

### Ozeansegler Müller freigesprochen

Das Amtsgericht Berlin-Röpenitz sprach den Ozeansegler Paul Müller am Montag von der Anklage des Einbruchsdiebstahls frei.

Müller war, wie gestern mitgeteilt, von seiner Ozeanfahrt in das Bootshaus seines Köpenicker Bootbauers eingedrungen und hatte dessen Boot beträchtlich demoliert, weil der Bootsbauer dem Müller seinerzeit für die Amerikafahrt ein defektes Fahrzeug gebaut hatte, das es innerhalb einer Minute dem Müggelsee sank. Müller verlangte die bezahlten 600 Mk. ersichtlich zurück.

Die Verhandlung ergab, einen wesentlich anderen Eindruck, als die Akten vorgeträumt hatten, weil das Ganze nur ein beabsichtigter Raubakt war. So plädierte selbst der Staatsanwalt für Freispruch. Der Bootsbauer selbst lagte verführlich: Was tut der Mensch nicht alles, wenn er in Not ist!

### Zuchthaus für die Buch-Diebstahler

Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht in Hamburg den Räuber Liesegang zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus und den Räuber Garde zu 7 1/2 Jahren Zuchthaus. Am 25. November 1929 waren die Angeklagten in das Verwaltungsgebäude des Chemischen Fabrik in Wodlum eingedrungen und hatten etwa 100 Mark erbeutet. Als sie fliehen wollten, wurden sie von Wachebeamten überrascht. Es kam zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf der Räuber Wacker erschossen wurde, der auf eine revolutionäre Weise die beiden Angeklagten aus der Irrenanstalt befreit hatte.

### Was ist ein Trolleyomnibus

Auf der Strecke Mettmann-Wülfrath im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet, auf der bisher ein Benzinomnibus verkehrte, der sich aber nicht als zweckmäßig erwies, wie in allerer Linie ein Trolleyomnibus der Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke verkehren.

Was ist ein Trolleyomnibus? Wenn man es mit wenigen Worten sagen will: ein Straßenbahnwagen ohne Schienen. Schon vor dem Kriege hat er in einzelnen Exemplaren bestanden, ohne daß man auf ihn besonders aufmerksamer geworden wäre. Nach dem Kriege hat man ihn vor allem in England in größerem Maße verwendet, ihn verallgemeinert und gute Erfahrungen mit ihm erzielt. Die englischen Städte wie Solihull, Birmingham, Wolverhampton und Leeds sind noch über 20 andere haben schon längere Zeit

Trolleyomnibusse laufen, 18 andere Städte werden im Laufe dieses Jahres ihn verwenden.

Welches waren nun die Beweggründe zur Einführung des Trolleyomnibus? In erster Linie war es der Mangel an Kapital, der es den Städten unmöglich machte, die alten ausgedehnten Gleisanlagen zu erneuern, oder neue notwendige Linien anzulegen. Weiterhin ist der Trolleybus im innerstädtlichen Verkehr beweglicher als eine Straßenbahn, er ist aber auch auf Außenlinien mit einer Wagenfolge, die unter einer Stunde, aber über zehn Minuten liegt, rentabler. Dazu kommen die bedeutend geringeren Anlagelkosten, da so nur die Oberleitung zu legen ist. In England war auch das Bestreben maßgebend, den billigen heimischen Strom zu nutzen, statt teures Geld an ausländisches Benzin zu hängen, ein Gedanke, der auch in Deutschland nicht von der Hand zu weisen sein dürfte. Ein weiterer Vorteil des Trolleybus ist eine größere Betriebssicherheit gegenüber dem Autobus; besonders bei kaltem Wetter wird der Trolleybus nie verlegen. Er kann noch mal so alt werden wie der Benzinomnibus. Auch ist seine Grundfläche viel besser auszunutzen als bei einem Benzinfahrzeug. Da er trotz seiner Gebundenheit an den Draht ein gutes Ausweichvermögen besitzt, auch in engen Straßen bequem fahren kann, am Bürgersteig auszufahren gestattet und sehr rasch anfährt, ferner auch nicht den erlöschenden Bestimmungen des Kleinbahngesetzes unterliegt, ist er auf guten Straßen unbedingt verwendbar.

### Schädigung von Auslandsdeutschen

Von der Hamburger 3. Strafkammer wurde der 43jährige Kaufmann Rudolf Hon wegen Unterschlagung und Untreue zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Hon war bis 1924 Angeklagter des Bundes der Auslandsdeutschen in Hamburg. Er hat später selbständig die Zureisen einer Anzahl Auslandsdeutscher gegenüber dem Reichentschädigungsamt in Berlin wahrgenommen. Unter Benutzung der ihm anvertrauten Vollmachten unterschlug er Summen im Gesamtbetrage von 91 000 Mark, die für seine Auftraggeber bestimmt waren.

### Das Publikum gegen Ritzfilme

Diesmal in München.

Nachdem sich das Berliner Publikum gegen den Ritzfilm „Herrin der Liebe“ vor drei Wochen gewandt, haben Münchener Publikumskreise am letzten Freitag im Münchener Phöbuspalast gegen einen anderen ritzigen Film „In einer kleinen Konditorei“ mit einem derartigen Theaterskandal protestiert, wie man ihn in München, man kann sagen in Deutschland, bisher noch nicht erlebt hat. Der Film „In einer kleinen Konditorei“ ist als Tonfilm herausgekommen. Der Protest des Münchener Publikums richtet sich nicht gegen den Tonfilm als solchen, sondern gegen den Inhalt. Schon im ersten Drittel des Films begann das Publikum der verschiedensten Plätze die Szenen des Films mit lautem ritzigen Geräusch zu bedauern. Gegen die Mitte des Films steigerte sich der Protest des Publikums. Es setzte ein dröhnendes Getöse ein und Pfeifen ein und aus allen Teilen des Hauses ein Rufen „Aufhören“. Inzwischen war die Polizei verständigt und vereinzelt im Theater postiert wurden. Von da an geboten Sitzstimmungen, wenn der Lärm zu stark wurde, energig Ruhe. Daß die Protestler stehen sich nicht stören und die Münchener Polizei war gegen die sogenannten Aufwiegler machtlos. Am Schluß war eine Münchener Faschingsballstimmung und auf der Straße setzte sich der Protest fort. Vor der Front des Phöbuspalastes protestierte die Menge erregt gegen derartige Darbietungen, verlangte ihr Geld zurück und stimmte, als sie des alarmierten Ueberfallkommandos ansichtig wurden, ein großes Pfeifkonzert an. Es stockte der Verkehr vor dem Theater, und erst, nachdem das Ueberfallkommando abgerückt war, zerstreute sich langsam die protestierende Menge. Der Phöbuspalast zählt zu den größten Theatern Münchens und weist über tausend Plätze auf.

### Glückliche Erben

In Horst (Ostpre) hat eine Familie reich vom Nachlassgericht die Mitteilung erhalten, daß sie Erbe eines Verwandten ist, der nach Amerika ausgewandert und dort mit einem Vermögen von 250 000 Dollar das Zeitliche segnete. Vier Personen teilen sich nun in Horst den Segen.

### Furchtbare Bluttat

In Neuborf bei Kraumburg wurden gestern morgen der Kaufmann Georg Wenzel und seine Frau von einem Unbekannten im Schlaf überfallen. Durch einen mit ungeheurer Wucht geführten Hieb mit einer Hacke wurden dem Manne beide Beine abgehauen, er erlitt ferner am Kopf und Hals schwere Verletzungen. Die Frau erhielt einen Wundstich gegen die Brust, der ihren linken Lungenflügel bloßlegte. Das fünfjährige Kind blieb unverletzt. Das Ehepaar ringt im Krankenhaus mit dem Tode. Es besteht die Möglichkeit, daß ein Schuldner Wenzels ihn ermorden wollte, um sich seines Gläubigers zu entledigen.

### Strafanzeige wegen Selbstmordversuchs auf dem Bahngleise

Gestern früh warf sich ein 35jähriger Musiker auf dem Bahnhof Alexanderplatz vor einen Borstzug. Es gelang, den Zug zum Halten zu bringen und den Mann unverletzt hervorzuziehen. Die Eisenbahndirektion hat in Anbetracht der Tatsache, daß sich diese Selbstmordversuche in letzter Zeit häufen, gegen ihn Strafanzeige wegen unbesugten Betretens des Bahngleises und wegen Transportgefährdung erstattet. Der Mann hatte eine Absperre überstiegen und war so auf den Bahndörper gelangt.

### Zum Untergang der „Monte Cervantes“

Der letzte Bericht des Kapitäns Drener

Wie aus Ushuaia berichtet wird, bestand, als der deutsche Dampfer „Monte Cervantes“ im Beagle-Kanal auf einen Felsen auftrieb, die Gefahr, daß unter den 1100 Passagieren, die sich an Bord befanden, eine Panik ausbrechen würde, da aus dem Maschinenraum infolge des Heißlaufens der Motoren dicke Rauchschwaden drangen. Die Passagiere machten Anstalten, die Rettungsboote zu stürmen, während die Schiffsoffiziere bemüht waren, sie zu beruhigen und darüber aufzuklären, daß keine direkte Gefahr bestehe. In diesem Augenblick nahm ein Spanier, mit einer kleinen Filmkamera in der Hand, eine Ausstellung auf einem erhöhten Platz und begann in aller Ruhe, die Szene auf dem Bootsdeck zu filmen. Dies hatte zur Folge, daß die Passagiere sich sofort beruhigten und mit gutem Humor in ihre Loge fanden. Das Uebernehmen in die Rettungsboote vollzog sich hierauf in voller Ordnung.

Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft stellt mit, daß sie infolge der schlechten telegraphischen Verbindung mit Ushuaia erst heute den telegraphischen Bericht erhalten hat, den Kapitän Drener am 23. Januar kurz vor dem Untergang der „Monte Cervantes“ abgesandt hat. Der Bericht lautet: „Bei der Ausfahrt von Ushuaia ist das Schiff auf einen unbekanntes Felsen aufgelaufen. Um ein Sinken zu verhindern, wurde es auf das Escalereurs-Riff aufgeschleppt. Passagiere und Mannschaften konnten ohne jede Panik ausgebootet werden. Der mit Hilfe der argentinischen Marine unternommene Abschleppversuch war erfolglos.“

Wie die Agentur Buenos Aires der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft berichtet, haben die Passagiere der „Monte Cervantes“ und der argentinische Transportdampfer „Vicente Lopez“ bisher leider vergeblich die Leiche des Kapitäns Drener gesucht.

### Ein russischer General verschwunden

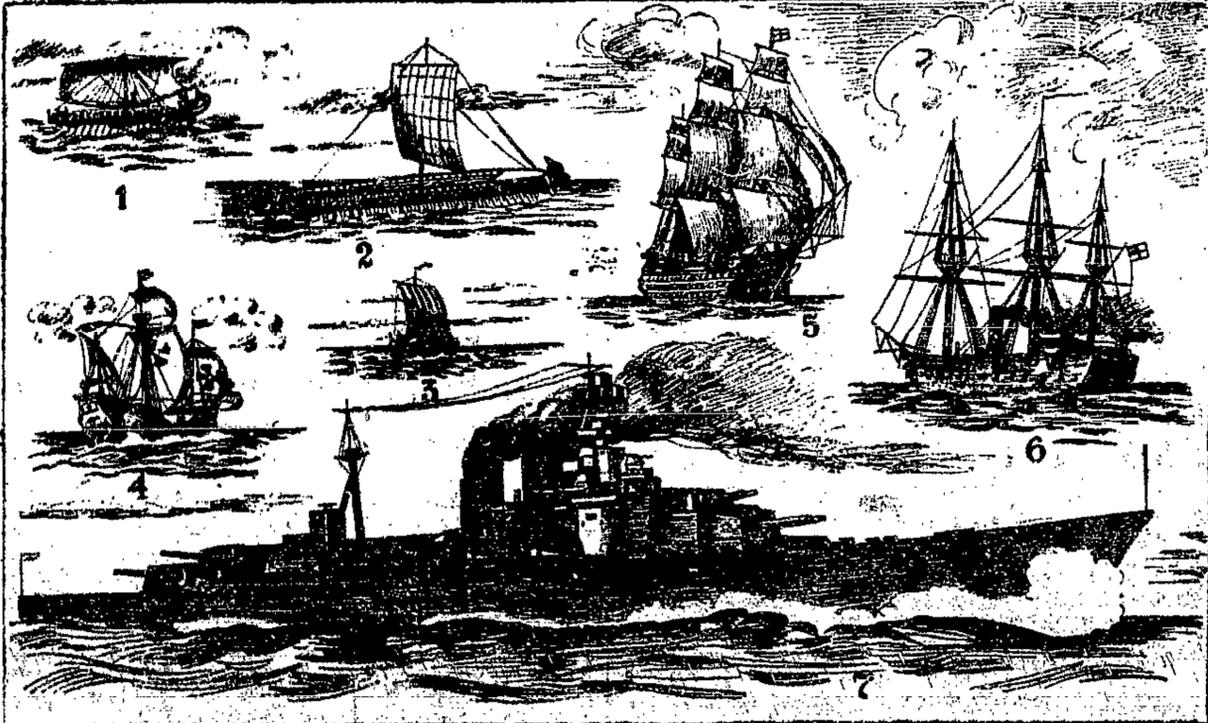
Paris, 28. Januar. (Eigener Funkenbericht.)

Wie aus Paris gemeldet wird, ist dort der russische General Kutiepow, ein intimer Freund des Großfürsten Nikolaus und ehemaliger Adjutant der Generäle Denikur und Wrangel, seit Sonntag spurlos verschwunden. Die russische Emigrantenkolonie in Paris, deren unbestrittener Führer der General war, hatte ihm ständig eine besondere Sicherheitswache gestellt. Man glaubt den Verdacht gegen ihn dürfen, daß Kutiepow von bolschewistischen Agenten in den Hinterhalt gelockt und entführt worden ist.

### Die Dauerfahrt des R. 100

Das britische Luftschiff R 100, das gestern vormittag 9,38 Uhr zu einem 48stündigen Versuchsfahrt über 3000 Meilen gestartet ist, hat außer Schottland und Irland auch den Kontinent besucht. Die Route wird endgültig vom Weiter bestimmt werden. In Bord des Schiffes befindet sich u. a. sein Erbauer Puren.

## Die Entwicklung des Kriegsschiffsbaues in 3500 Jahren



1. Ägyptisches Seeschiff (1600 vor Christus). 2. Römische Trieme (zur Zeit Christi). 3. Wikingerschiff (1000 nach Christus). 4. Die spanische Karakelle „Santa Maria“ mit der Kolumbus 1492 Amerika entdeckte. 5. Das englische Linienschiff „Victory“, Nelsons Flaggschiff in der Schlacht von Trafalgar 1805. 6. Die preussische Schraubenzugarte „Elisabeth“ (1870). 7. Das größte bisher gebaute Kriegsschiff, der 1918 vom Stapel gelaufene englische Schlachtschiff „Hood“, der eine Länge von 261 Metern, eine Maximalverdrängung von 45 000 Tonnen und Maschinen von 15 000 Pferdestärken hat. (Sammlende Schiffe sind im gleichen Maßstab gezeichnet.)

## Die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern

Dem Staatsrat lag in seinem letzten Tagungsabchnitt der Entwurf für ein Landwirtschaftskammer-Gesetz vor. Die Presse hatte sich bereits vorher sehr stark mit diesem Entwurf beschäftigt und besonders zum Ausdruck gebracht, daß der Preussische Landtag auf Grund des Artikels 185 der Reichsverfassung nicht berechtigt ist, ein derartiges Gesetz zu erlassen.

Abgesehen davon, daß eine Reihe von Ländern in Deutschland bereits Einrichtungen getroffen hat, wo die Arbeitnehmer in den Kammern mitwirken, allerdings in einem Ausmaße, das uns keineswegs befriedigt, können wir die Zuständigkeit für den Preussischen Landtag hierfür nicht bestreiten. Wenn wir sehen, daß das Reich seinen Einrichtungen — dem Gedanken, der in dem Artikel 165 der Reichsverfassung verankert ist, Gesetzeskraft zu geben — nicht nachkommt, so ist der große Preussische Landtag geradezu verpflichtet, hier etwas zu tun. Daß allerdings die Vorlage der Staatsregierung dem Sinne des Artikels 185 der Reichsverfassung entspricht, wird niemand behaupten können, der den Gegenstand kennt. Im Artikel 165 der Reichsverfassung heißt es:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Davon wird man in der Vorlage nichts gewahrt. Der Entwurf der Staatsregierung sichert den Arbeitnehmern noch nicht einmal ein Drittel Rechte. Als selbstverständlich hatten wir erwartet, daß der Entwurf grundsätzlich die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt hätte, die berufen sind, die Vorschlagslisten für die Berufung der Mitglieder der Kammer einzureichen. Was wir hier beantragen, ist nichts Neues, sondern es lehnt sich an die Gepflogenheit im Reichswirtschaftsrat an. Auch der Entwurf eines Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat befragt heimlichweise, daß die 48 Vertreter der Arbeitnehmer gemeinschaftlich zu benennen sind: von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, von dem Allgemeinen freien Angestelltenbunde, dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverbande Deutscher Angestellten-Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände (mit Ausnahme seiner Beamtengruppe). Eine ähnliche Bestimmung hätten wir auch im Entwurf zum Landwirtschaftskammergesetz für Preußen erwartet. Nehmliche Bestimmungen haben wir auch bei der Berufung der Landeseisenbahnräte, der Verkehrsministerialräte, zum Beirat des Brauereimonopols, der Elektrizität und der Finanzgerichte. Auch nach dem Arbeitsgerichtsgesetz, Gesetz für Arbeitsvermittlung und arbeitslosenversicherung, zu den Schlichtungsausschüssen kommt nur die Berufung der Beisitzer aus den Vorschlagslisten der Gewerkschaften in Frage. Die Gewerkschaften sind auch sonst berufen, Vorschlagslisten auf allen sozialpolitischen Gebieten einzureichen. Wonach ist aber in dem Entwurf, der von der Preussischen Staatsregierung vorgelegt worden ist, nichts zu spüren, so daß der Entwurf in seiner jetzigen Fassung unter allen Umständen von den Arbeitnehmern abgelehnt werden muß. Schon im Staatsrat haben unsere Genossen zu den einzelnen Paragraphen des Entwurfs Änderungsanträge eingebracht. Im einzelnen darauf einzugehen würde aber zu weit führen, so daß wir uns nur auf die wichtigsten Änderungsanträge, die von uns gemacht worden sind, einstellen können.

Am § 2 Ziffer 1 des Gesetzes wünschten unsere Genossen die Festlegung der Bestandsgröße mit 0,5 Hektar, weil die Festlegung eines Mindestenergievertrages stark bedenklich und zu befürchten ist, daß die Inhaber kleinbäuerlicher Betriebe von der Berufszugehörigkeit ausgeschlossen werden. Würde man dem nachkommen, was der Gesetzesentwurf will, dann würde eine große Anzahl von Inhabern kleinbäuerlicher Betriebe überhaupt von der Wahl ausgeschlossen sein, und damit würde den Großbetrieben in den Landwirtschaftskammern ein übertragender Anteil von vornherein gesichert werden.

Den Arbeitgebern sind zwei Drittel der Rechte gesichert und es ist daher unverständlich, daß die Söhne und Töchter der Besitzer zu der Gruppe der Landarbeiter zugerechnet werden. Geschicht das, wären die Rechte der eigentlichen Arbeitnehmer weiter ganz erheblich eingeschränkt, zumal nach § 12 des Gesetzes noch die Möglichkeit besteht, durch Zuwachs besonders um die Landwirtschaft verdienender Persönlichkeiten die Kammer zu vergrößern. Es besteht auch wirklich keine Ursache, den Angehörigen der letzteren diese ihnen nicht zustehenden Rechte einzuräumen. Die ganze Fassung des § 12 ist in der Rechte der Arbeitnehmer überhaupt ganz außerordentlich ein, so daß unsere Genossen beantragten haben, daß § 12 in seiner jetzigen Fassung zu streichen und durch folgende Fassung zu ersetzen:

„Die Kammer besteht außerdem aus 9—12 von ihr zu wählenden Mitgliedern, wovon zwei Drittel von den Arbeitgebern, ein Drittel von den Arbeitnehmern zu wählen sind. Bei der Auswahl dieser Mitglieder sind im Kammerbereich wohnende und die Landwirtschaft besonders verdienende Persönlichkeiten sowie die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu berücksichtigen.“

Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, daß besondere Wahlen für die Landwirtschaftskammern überflüssig sind und daß es den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen bleiben sollte, ihre Vorschlagslisten einzureichen. Durch Gesetz kann festgelegt werden, wer die Berufung der Kammermitglieder vornimmt. Unsere Genossen haben insfolgedessen im § 6 Absatz 1 beantragt, folgendes einzufügen:

„Vorschlagsberechtigigt für die Einreichung der Vorschlagslisten sind die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die das Benennungsrecht der Mitglieder zum Reichswirtschaftsrat haben.“

Der § 6 Absatz 2 sichert den Minderheiten keinesfalls bestimmte Rechte. So gut wie wir auf allen anderen Gebieten der neuen Gesetzgebung finden, daß die Minderheitsrechte gewahrt werden, hatten wir es auch hier für zweckmäßig, so daß wir wünschten, daß als § 6 Absatz 2 eingefügt wird:

„Den Angehörigen der Gärtnerei, Forstwirtschaft und Fischerei ist eine angemessene Vertretung zu gewährleisten.“

Im übrigen muß auch verlangt werden, daß die Wahlbezirke so groß wie möglich gefaßt und für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich sind. In den Fällen, wo die Landwirtschaftskammer sich deckt mit dem Regierungsbezirk, soll der Regierungsbezirk als Wahlbezirk gelten, und in den Fällen, wo mehrere Regierungsbezirke auf einen Landwirtschaftskammerbezirk entfallen, kann jeder Regierungsbezirk als Wahlbezirk gelten und ist der Regierungs- bzw. Oberpräsident als Wahlkommissar zu bestellen. Anzustreben wäre in jedem Falle die Regelung, wie sie bei der Abgrenzung der Landesparlamentsbezirke gefunden worden ist. Es sollte angestrebt werden, daß diese Bezirke auch grundsätzlich für die Landwirtschaftskammern Geltung erhalten.

Eine besondere Härte bedeutet auch der § 8 Absatz 4a, wonach die Wahlberechtigung davon abhängig gemacht wird, daß der Wahlberechtigte ein Jahr im Wahlbezirk gelebt hat. Wir sind der Auffassung, daß die im Absatz 4a vorgesehene einjährige Berufszugehörigkeit genügt. Von einer weiteren Bedingung ist aber, daß im § 8 auch vorgesehene, daß die Vertreter der

wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wählbar sind. Wir hatten es als selbstverständlich angesehen, daß die Regierung schon in der Vorlage eine solche Bestimmung bringen würde. Wir respektieren uns von der Mitwirkung der Arbeitnehmer, auch im Interesse der Landwirtschaft außerordentlich viel, können uns aber nicht denken, daß dann die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen von der Wahlberechtigung ausgeschlossen werden können.

Wiel zu weit gehen uns an die Bestimmungen im § 10, wonach die Mitglieder der Landwirtschaftskammern auf 8 Jahre gewählt werden. In Anbetracht dessen, daß es sich hier um ein neues Gesetz handelt, welches erst erprobt werden muß, halten wir eine Wahlzeit von 3—4 Jahren als vollkommen ausreichend. Ferner wünschten unsere Genossen im Staatsrat, daß auf dem Vorstand der Landwirtschaftskammern die Minderheiten zu ihrem Recht kommen und haben daher im § 14 Absatz 1 gefordert, daß je ein Vertreter der Forstwirtschaft, der Gärtnerei und Fischerei — so weit solche in dem Bezirk Bedeutung haben — in den Vorstand gewählt werden.

Diese Änderungen sind notwendig, um eine Mindervertretung der gesamten Volkswirtschaft bedeutenden selbständigen Fachgebiete und dabei natürlich auch ein Drittel der Arbeitnehmervertretung zu sichern. Hierzu ist beantragt worden, daß zumindestens einer der selbstvertretenden Vorsitzenden von Arbeitnehmern gestellt wird. Um aber grundsätzlich mindestens ein Drittel Rechte den Arbeitnehmern zu sichern, haben wir im § 14 Absatz 3 verlangt, daß die Bestimmung aufgenommen wird: „Die übrigen Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und der Sitzteilung § 6 Absatz 4 gewählt usw.“

§ 15 sieht Sachausschüsse vor, und zwar für Fischerei, Forstwirtschaft und Gärtnerei und ist von unseren Genossen beantragt worden, solche auch für Arbeiterfragen und für das Genossenschaftswesen vorzusehen. Denn wir möchten die Bildung eines Ausschusses für Arbeiterfragen usw. nicht erst von einem Beschluß einer Wahlgruppe abhängig machen. Weiter aber verlangten unsere Genossen im Staatsrat, daß im § 15 Absatz 1 als besonders sachkundig hinzugezogen werden können: die landwirtschaftlichen Fachlehrer, die Betriebsbeamten, die Vorsteher der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände und die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen.

Diese Anträge, von denen wir die wichtigsten hier nur herausgegriffen haben und die besonders dazu angehen, die sehr eingeschränkten Rechte der Beteiligung der Arbeitnehmer zu sichern, sind in den vereinbarten Ausschüssen des Staatsrates abgelehnt worden. Bezeichnend hierfür war besonders auch, daß die Fraktion Arbeitgemeinschaft, bestehend aus Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei, nur ein Sechstel Rechte den Arbeitnehmern zugestehen wollte, ohne daß die sonstigen ein-

beschränkten Bestimmungen, die das Gesetz vorsieht, fallengelassen wären. Für diesen Antrag haben zunächst nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gestimmt. Ein Antrag des Zentrums, ein Viertel Rechte den Arbeitnehmern zu gewähren, ist — weil zwei Vertreter des Zentrums diesen Vorschlag nicht mitmachen wollten — mit 11 gegen 13 Stimmen abgelehnt worden. Den Ausschlag hierfür hat der Kommunist gegeben. Hätte dieser sich nicht an der Stimme enthalten, dann wäre die Gesetzesvorlage, die keinesfalls ein Drittel Rechte den Arbeitnehmern sichert wiederhergestellt gewesen.

Der Staatsrat ist nach der Verfassung nur berufen, die nächste gutachtlich zu äußern. Ein solches Gutachten legt aber die Mehrheit im Staatsrat voraus. Dies war im vorliegenden Falle nicht zu erreichen.

Die sonstigen kleinen Änderungsanträge, die von der Arbeitgemeinschaft und vom Zentrum eingebracht worden konnten auch von den Sozialdemokraten zum Teil unterstützt werden. Im großen ganzen bedeuten aber auch diese keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung, so daß im Plenum des Staatsrates die Sozialdemokraten diese Änderungsanträge nicht unterstützen konnten.

Die sozialdemokratische Fraktion im Staatsrat hat sich im Plenum des Staatsrates mit einer kurzen Erklärung genügt und folgenden Antrag eingebracht:

Der Staatsrat wolle beschließen: Der Staatsrat stimmt dem Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes zu. Es hält es aber für erforderlich,

1. daß die Angehörigen der landwirtschaftlichen Betriebe inhaber nicht in der Gruppe der Arbeitnehmer, sondern der Gruppe der Betriebsinhaber wählen,
2. daß die Vorschlagslisten für die Wahl in beiden Gruppen von den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgestellt werden, die das Benennungsrecht der Mitglieder zum Reichswirtschaftsrat haben,
3. daß der auf die Arbeitnehmer entfallende Anteil an den Söhnen der Landwirtschaftskammer für das gesamte Staatsgebiet einheitlich auf ein Drittel festgelegt wird,
4. daß das aktive und passive Wahlrecht nicht an die Wohnortbindung eines einjährigen Wohnsitzes im Kammerbezirk knüpft wird,
5. daß Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber das aktive Wahlrecht erhalten,
6. daß von den auszuwählenden Mitgliedern ein Drittel die Arbeitnehmer entfallen muß,
7. daß außer den im § 15 Absatz 1 genannten Ausschüssen Ausschüsse für Gärtnerei, für Arbeiterfragen und für das Genossenschaftswesen durch das Gesetz zwingend vorgeschrieben werden.

Diese Anträge wurden von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Die Vorlage geht nunmehr dem Preussischen Landtag in die nächsten Tagen zu. Es ist zu erwarten, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Landtag die im Staatsrat gestellten Forderungen wieder aufnehmen und sich dafür einsetzen. Wir warten, daß im Landtag den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung getragen wird. Somit ist das Gesetz in seinem Falle für die Arbeitnehmerschaft tragbar.

## Niederschlesiens Bergarbeiterverbände kündigen das Lohnabkommen

Die am Tarifvertrag für den niederschlesischen Bergbau beteiligten Bergarbeiterverbände haben am 1. Januar den am 15. Oktober 1928 zustandekommenen Lohnvertrag gekündigt. Mit der Kündigung wurden eine Reihe von Forderungen eingereicht, u. a. die Aufhebung der Lohnordnung für das Neudorf Revier, sowie die Erhöhung der Tariflöhne um 10 Prozent. In den am 15. Januar stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Organisationen und der Unternehmer-Organisation, dem Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens, lehnten die Unternehmer jedes Zugeständnis, wie auch bei allen früheren Verhandlungen, damit ab, daß es die wirtschaftliche Lage der Werke nicht zulasse, eine Lohnerhöhung vorzunehmen. Eine weitere Verhandlung zwischen dem von den Bergarbeitern abgeordneten Ausschuss und den Parteien mußte nach vierstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden, so daß sich nunmehr eine Schlichterkammer am 31. Januar mit dem Lohnstreik zu beschäftigen haben wird.

## Generalversammlung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen und Warenverkehrs

Gilbert Breslau

Die Delegierten hatten sich am 24. Januar 1930 im Restaurant „Zum Doctozim“ versammelt, um den Geschäfts- und Kassenericht vom 4. Quartal 1929 entgegenzunehmen.

Kollege Senf gab in großen Umzissen einen Überblick über die gesamte Wirtschaftslage. Er wies darauf hin, wie das Unternehmertum verjuche, die gewerkschaftlichen Aktionen auf Verbesserung der Löhne zu durchkreuzen; trotzdem sei es gelungen, dieselben durchschnittlich um 5 Prozent im Jahre 1929 zu heben. Auch gegen die Sozialpolitik wurde überall angeknüpft von diesen Leuten, trotzdem diese notwendig sei im Interesse der Erhaltung der Arbeitkraft.

Die Arbeiterkassen dürfe hierbei nicht vergessen, daß neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei hingewirkt werden müsse, damit bessere Gesetze zustande kämen.

Im besonderen wies er auf die Notlage der Gemeinden hin, die sich auch auf Breslau auswirkte. Diese sei zum großen Teil auf die schädliche Politik zurückzuführen, die den Kommunen die notwendigen Anleihen unmöglich macht. Dadurch sollten diese gezwungen werden, privates Kapital in die öffentlichen Betriebe zu nehmen, was nicht im Interesse der Gemeindefinanzen läge, weil diese die einzigen Einnahmequellen sind, aus denen die Städte ihre Verpflichtungen decken können.

Der ADGB, als auch die Sozialdemokratische Partei seien dagegen der Auffassung, daß zur Aufhebung unserer gesamten Wirtschaft die Aufnahme von Auslandsanleihen notwendig sei.

Die Schachtische Politik habe eine große Arbeitslosigkeit im Gefolge; in Schlesien seien über 300 000 Arbeitslose zu verzeichnen, darunter Breslau allein mit etwa 80 000 und die Kommunen hätten unter dieser Belastung schwer um ihre Existenz zu ringen.

Die Arbeiterkassen habe die Situation zum großen Teil noch nicht erkannt, denn es seien von 22 Millionen Erwerbstätigen nur etwa 13 Millionen versichert vorhanden.

Auch die von den Gewerkschaften ins Leben gerufenen Konjunktionskassen und die Arbeiterbank würden lange nicht genügt in Anspruch genommen, sondern die Arbeiterkassen würden beständig Leuten zugeführt, die als unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner zu betrachten sind.

Alsdann gibt er den Quartalsbericht für den ab 1. Januar verhandelten Verkehrsband und zeigt die gemachten Erfolge, die für die Kollegen vor den Arbeitsgerichten herausgeholt werden konnten. Die alte Organisation habe im letzten Quartal wiederum einen Zuwachs von 250 Mitgliedern zu verzeichnen

gehört. Er fordert die Kollegen zur weiteren regen Mitarbeit auf.

Den Geschäftsbericht für die Abteilung Gemeinde- und Staatsbetriebe gab Kollege Blaud, welcher auf die besonderen Schwierigkeiten der Stadt Breslau zu sprechen kam.

Diese hätten sich bereits ausgewirkt, indem der Regierungpräsident die Staatsaufsicht ausübte. Das Stadt-Theater sei geschlossen worden, die Beamtensoldung zurückgeschraubt und liberaler Abstriche an den Etats der einzelnen Verwaltung gemacht werden.

Dieses hätte bereits zu Kündigungen in verschiedenen Verwaltungen geführt; so seien 57 Kollegen der Kohlenbetriebe und 17 Kollegen der Gasanstalt Dürrgoy bereits in kurzer Zeit arbeitslos.

Es sei dringend notwendig, daß vom Magistrat Mittel beschafft würden, um die Arbeitsmöglichkeiten zu stärken.

Die Organisation habe auch im letzten Quartal gute Fortschritte gemacht, indem sich der Mitgliederbestand auf 8200 angehört habe.

Sodann gaben die Kassierer die Kassenerichte, die ein durchaus gesunde Finanzlage feststellen konnten, die durch den Zusammenbruch noch mehr gefördert werden müßte. Die Diskussion war äußerst rege und es wurden verschiedene Anträge gestellt.

Hervorzuheben ist ein Zusammenschluß mit Bland und beiden Kollegen Guhr und Jensen von der „Opposition“. Ersterer warf den Kollegen vor, daß solche Artikel, wie sie in der Arbeiterzeitung erschienen seien, das Ansehen der Gewerkschaften und ihrer Führer untergraben müßten und andererseits nicht einmal auf Wahrheit beruhten.

Die beiden Kollegen bekannten, daß sie die Artikel nicht beabsichtigten, womit wieder einmal die Lügenhaftigkeit der kommunistischen Presse festgestellt ist.

Nach einem Schlusswort des Kollegen Senf, in welchem darauf aufmerksam gemacht, daß die alten Organisationen noch als Abteilungen behänden und alle Kollegen nunmehr der 12 200 Mitglieder umfassenden örtlichen Großorganisation kämpfen hätten, wurde die Versammlung geschlossen.

## „Achtung“, Steuermeyen von Breslau!

Die verhängte Sperre über den Großsteingeschäftsbetrieb Paul Brand, Bierturnstraße, wird hiermit aufgehoben. Parteien haben sich geeinigt.

Zentralverband der Steinarbeiter, Jahreshalle Breslau.

Die Parteiverhandlungen zur Erneuerung der Reichslandwirtschaftsgemeinschaft für die Herren- und Damenwahlkreise dieser Tage in Kassel stattfanden, mußten ergebnislos abgebrochen werden. Die beiderseitigen Forderungen gingen soweit auseinander, daß eine Verhandlungsbasis nicht geschaffen werden konnte. Beide Parteien haben sich vorbehalten, einiger Zeit vor einer unparteiischen Instanz die Reichslandwirtschaftsgemeinschaft von neuem aufzurufen; doch müssen hierzu erst noch die Verhandlungen Stellung nehmen. Beide Parteien dürften bis zum 1. bis Mitte Februar Gemeinhalt bei Fuß stehen.

Die Verhandlungen zur Aufhebung von Richtlinien über die Unterhaltung von Arbeitern und Angestellten des Zigaretten- und Raubtabakgewerbes auf Grund des Artikels VIII des Reichslandwirtschaftsgesetzes im Reichsfinanzministerium brachen die Einigung. Der Entwurf für eine Verordnung für die Richtlinien blieb hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück. Das Reichsfinanzministerium bremst, da dem Reich aus Sonderunterstützung für die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter Kosten entstehen. Trotzdem rechnet man in dem an den Verhandlungen beteiligten Reichsarbeitsministerium mit einer baldigen Einigung. Die Verordnung dürfte jedoch erst anfangs März erlassen werden.

# Die Oder im Jahre 1929

Im vergangenen Jahre wurde die Schifffahrt auf der Oder infolge des ungewöhnlich strengen Winters erst Ende März aufgenommen. Bis zum 20. Juni herrschten befriedigende Wasserstände, daraufhin trat, zu gleicher Zeit wie im Vorjahre, eine Kleinwassersperiode ein, die bis Mitte Dezember anhielt, aber im Juli, August und November auf einige Tage durch Aufbesserung der Wasserführung unterbrochen wurde. Eine starke Regenansammlung oberhalb Kanfern war wiederum die Folge der allgemeinen Wassernot. Bis 1000 Fahrzeuge lagen auf der oberen Oder verammelt. Von Anfang Juli ab zeigten sich die Ladungsempfänger bereit, den Schiffen 1 Mark je abgesetzte Tonne als Leichterzube auf zu bewilligen. Von Mitte November ab wurde sie sogar auf 1,50 Mark erhöht. Hierdurch trat eine Verringerung des Kohlenumschlages ein, so daß das Jahr 1929 mit rund 7 Millionen Tonnen Gesamtverkehr gegenüber rund 6,5 Millionen Tonnen im Jahre 1928 abschloß. Dies hat eine gewisse Besserung der wirtschaftlichen Lage der Oderschiffahrt nach den schweren Verlusten der Verformung des Jahres 1928 und des strengen Winters 1928/29 zur Folge gehabt.

Die Arbeiten am Staubbau in Ottmachau wurden infolge der günstigen Witterung im Jahre 1929 bedeutend gefördert. Es wurde teilweise in dreifachen Schichten gearbeitet, so daß das vorgesehene Arbeitsprogramm nicht nur eingehalten, sondern für einzelne Leistungen sogar überschritten wurde. Im ganzen sind rund 1 100 000 Kubikmeter Dammboden und 150 000 Kubikmeter Torfschicht, also mehr als 30 Prozent der Gesamtleistung geschafft worden. Das wichtigste Bauwerk im Staubbau, der Grundablaß, ist im vergangenen Jahre an die Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus den vier mit der Bauausführung betrauten Firmen, vergeben worden. Dank der günstigen Herbstmonate und der zweckentsprechenden Betriebseinrichtung seitens der Firmen konnten die Arbeiten noch vor Winter aufgenommen und gut gefördert werden. Von den neun Baukörpern, in die das gewaltige Bauwerk unterteilt ist, sind drei Blöcke fertiggestellt. Die Wintermonate werden zur Vorbereitung der für das Jahr 1930 vorgesehenen Arbeiten dienen.

Die Arbeiten an der Oder selbst zur Verbesserung der Schifffahrtsstraßen haben entsprechend den leider geringen Mitteln nennenswerten Fortschritt gefunden. Die Erweiterung des Unterlaufes Kanfern ist jedoch in vollem Gange.

## Der Rattenschwanz von Schweidnitz

Sieben Meineidsverfahren wegen des Nationalsozialistenprojektes. Wie vorauszu sehen war, sind im Zusammenhang mit den Zeugnisaussagen des Nationalsozialistenprojektes in Schweidnitz unzählige Meineidsanzeigen erstattet worden, so daß jetzt nicht weniger als sieben Meineidsverfahren eingeleitet wurden, von denen sich fünf gegen Angehörige, eins gegen einen Reichsbannermann und eins gegen den Parteisekretär Genossen Hoppe — den Mann, der bekanntlich mit dem Stuhl geworfen haben soll — richtet. Außerdem ist noch ein weiteres Verfahren gegen einen Nationalsozialisten im Zusammenhang mit der Volksgartenverammlung selbst eingeleitet worden.

Da überdies der ganze Prozeß auch die Berufungsinstanten beschäftigen wird, steht der Schweidnitzer Oberfall wohl noch eine ganze Weile auf der Tagesordnung der Gerichtspraxis.

## Alle zehn Jahre Gemeindevertretung

Stimmungsbild aus dem Kreise Groß-Wartenberg. Wie dem „Volksfreund“ in Delitzsch berichtet wird, hat der Gemeindevorsteher von der in der Nähe von Frettenberg gelegenen Ortschaft Groß-Wartenberg in den letzten zehn Jahren, also seit dem Jahre 1920, nur eine einzige Gemeindevertretung abgehalten. Seine Geschäfte soll er, wie man ihm dort erzählt, in der Weise erledigt haben, daß er bei den Mitgliedern der Gemeindevertretung — ausschließlich seine Freunde — einfach mit der Vorlage vor sprach und die Unterschriften einholte. Eine Jahresabrechnung habe der Gemeindevertretung überhaupt noch nicht vorgelegen. Jetzt sind in das Gemeindeparlament allerdings vier Sozialdemokraten hineingewählt worden, die sich mit dem Gedanken tragen, diese idyllischen Zustände zu ändern und regelmäßige Gemeindevertretungen zu verlangen.

## Die Tragödie in Erdmannsdorf

Wie aus Hirschberg gemeldet wird, ist die Frau Schwärzner aus Erdmannsdorf an den Folgen der Vergiftung, die auch ihren beiden Enkelkindern das Leben kostete, gestorben. Soweit bisher ermittelt erscheint, dürfte es sich doch um eine Kohlenoxydvergiftung infolge undichtem Verchlusses eines Kachelofens und nicht um, wie anfänglich vermutet, einen Selbstmord handeln.

## Revolte im Erziehungshaus

M.B. meldet aus Rotenburg (Oberlausitz) unter dem 25. Januar: Heute morgen brach in dem in der Nähe von Rotenburg o.L. gelegenen Formersdorf in der Fürsorgeanstalt „Joar“ unter den Jünglingen eine Revolte aus. Im Erziehungshaus „Troas“ wurde ein Jüngling wegen Widersetzlichkeit gegen den Hausvater in den „Gefängnisraum“ gebracht. Andere Jünglinge aus einem zweiten Erziehungshaus von „Joar“ drangen mit Gewalt, mit eisernen Röhren und Stangen bewaffnet, an ihnen her in „Troas“ ein und befreiten den eingeschlossenen Jüngling. Den Hausvater hielten sie fest. Der stellvertretende Vorsteher der Anstalt versuchte vergeblich mit den Eindringlingen, die sich um den befreiten Jüngling scharten, die Ruhe wiederherzustellen. Darauf rief er polizeiliche Hilfe herbei. Die bald erschienenen Landjäger nahmen drei Rädelsführer fest, worauf die Ruhe wiederhergestellt war.

Aus Rotenburg wird uns hierzu berichtet, daß es sich um einen nicht sehr bedeutungsvollen Zwischenfall handelt, wie er in Internaten oftmals vorkommt. Die polizeiliche Hilfe bestand aus einem Landjäger. Immerhin wäre es nicht uninteressant zu erfahren, was es mit dem Gefängnisraum auf sich hat, in dem man wegen Widersetzlichkeit gebracht wird, denn hier liegt ja wohl

das erzieherische Problem derartiger Revolten. Es handelt sich hier um eine Anstalt der evangelischen Biederkeit „Joar“, die wie üblich von der Provinzialverwaltung besetzt wird.

## Die Hultschiner Schulfrage

Im Hultschiner Ländchen feiert bekanntlich der tschechische Nationalismus wahre Orgien. Besonders in schulfacher Beziehung steht die deutsche Minderheit erheblich hinter dem zurück, was in der übrigen Tschecho-Slowakei der drei Millionen starken deutschen Minderheit dieses Nationalistenstaates zugebilligt wird. In Hultschin waren nach der Annexion des Gebietes durch die Tschecho-Slowakei zunächst alle deutschen Schulen gesperrt und die Kinder in neuerrichtete tschechische Schulen eingeteilt worden. Die Eltern begegneten diesem Versuch mit dem Schultreiß, der aber von den Behörden mit äußerster Strenge unterdrückt wurde. Nun flehen zahlreiche Eltern ihre Kinder deutsche Schulen besuchen, indem sie sie nach Troppau schicken. Später ging man dann zur Errichtung privater Kulturverbandschulen über, die aber weiter unter den Schikanen der Behörde zu leiden hatten. In besonderer Maße hat sich der Bezirkschulinspektor Gela als Verfolger der deutschen Schule hervorgetan. In den letzten Jahren wurde in zahlreichen Gemeinden privater Schulunterricht eingerichtet. Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichts schufen schließlich die rechtlichen Grundlagen für den privaten Unterricht.

Im heurigen Schuljahr gibt es im Hultschiner Gebiet in 21 Gemeinden 927 deutsche Kinder, die Troppauer oder private Schulen besuchen und für die der Staat keine öffentlichen Schulen schafft. Dabei beträgt die Zahl der schulpflichtigen deutschen Kinder in fünf Gemeinden mehr als 70 — darunter sind Gemeinden mit 253, 108 und 88 deutschen Kindern — in vier Gemeinden mehr als 30 und nur in zehn Gemeinden weniger als 20 Kinder. Der Zustand, daß nahezu tausend Kindern vom Staat der Unterricht in ihrer Muttersprache vorenthalten wird, daß Gemeinden wie Arawarn mit 253 deutschen Kindern keine deutschsprachige Schule haben, ist wahrlich kein Ruhmesblatt für jene Kreise, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der tschechischen Nation das Hultschiner Ländchen für die Tschecho-Slowakei reklamieren. Es wäre müßig, heute darüber zu rechten, ob dies auf Grund der nationalen Verhältnisse mehr oder weniger einwandfrei zu rechtfertigen war; unabweisbar aber ist die Pflicht unserer Nachbarrepublik, die mit übernommener Minderheit deutscher Junge im Hultschiner Land nicht schlechter zu stellen, wie die übrigen deutschen Bürger dieses Staates, nicht durch engstirnigen Nationalismus eine Politik fortzusetzen, die dem alten Oesterreich das Grab geschaufelt hat.

Hausdorf, Kr. Volkenhain. Freitag mit Mäusegift. Der 28 Jahre alte Gutsbesitzer Peizer war in finanzielle Schwierigkeiten gekommen und verlor alle Vermögen, Geld auszugeben. Darauf schrieb er sein Testament und begab sich auf den Boden zu einem Apparat für Mäusevergiftung durch Gas und atmete das ausströmende giftige Gas ein. Als man den Unglücklichen fand, war er bereits tot.

Beistrettsham O.S. Kampf mit Wilderern. In einem heißen Jagdrevier ließ ein Jagdausscher mit drei Wilderern zusammentreffen, die ihn heftig beschossen. Der Jagdausscher mußte sich, um nicht erschossen zu werden, zurückziehen.

Gleiwitz. Konstantinopel—Angora; eine neue Flugstrecke. In den letzten Tagen ist ein Vertrag zwischen der türkischen Regierung und der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft über die Einrichtung einer direkten Post- und Frachtlinie zwischen Deutschland und der Türkei für das Frühjahr 1930 abgeschlossen worden. Der Vertrag hat eine Gültigkeit von zwanzig Jahren. Der Ausgangspunkt dieser neuen Linie ist Gleiwitz. Es werden bis Konstantinopel zwei Zwischenlandungen vorgenommen, und zwar in Belgrad und Sofia. Zunächst geht die Linie nur bis Konstantinopel. Die Weiterführung bis zur neuen Hauptstadt der Türkei, Angora, wird in Bälde erfolgen. Die west- und nordeuropäische Luftpost und Fracht wird auf dem Luftwege bis Berlin befördert und von da aus mit dem Schnellzug nach Gleiwitz weitergeleitet. Hier erfolgt dann der Start des Flugzeuges.

## Aus der Umgebung

### Zotischlag nach 8 Jahren aufgeklärt

Das Verbrechen an einem Brodener Feldhüter. Die Breslauer Kriminalpolizei nahm vor einigen Tagen den 54 Jahre alten Pensionär Daniel M., Hubenstraße 24 wohnhaft, fest, da er dringend verdächtig ist, im Juli 1922 den Feldhüter Franz Langer aus Broden erschossen zu haben.

Am 27. Juli wurde der Feldhüter Franz Langer aus Broden auf einem Hagerfeld in der Nähe Brodens als Leiche aufgefunden. Er war seit dem 23. Juni vermißt worden und bei der Auffindung der Leiche ergab sich, daß diese schon einige Wochen dort gelegen hatte. Trotdem war damals bereits erkennbar, daß Langer einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Er war durch eine Kugel getötet worden, während er selbst nur eine Schrotflinte bei sich hatte. Durch diese Feststellung schied Selbstmord oder Unfall mit dem eigenen Gewehr von vornherein aus.

Trotz aller Nachforschungen blieb die Aufklärung des Verbrechens erfolglos, bis sich in den letzten Monaten neue Verdachtsmomente ergaben, die sich gegen den früheren Eisenbahnarbeiter M. richteten, der nun festgenommen wurde. Er gehörte, wie ermittelt wurde, zu der damaligen Zeit zu einer Bande, die fortgesetzt auf Broden aus. Geladene Feldbüchse ausfachte und zu diesen Unternehmungen auch Waffen bei sich führte.

Auf einer dieser Fahrten wurde die Bande von dem Feldhüter Franz gestoppt und bei den Auseinandersetzungen soll M. einen Trommelkessel gezwungen und mehrere Schüsse auf den Feldhüter abgegeben haben. Nach Angaben einiger an der Tat Beteiligten, die inzwischen ebenfalls ermittelt worden sind, soll sich der Vorfall in dieser Weise abgespielt haben. Der festgenommene Leugnet jedoch noch, der Täter zu sein. Er gibt zwar zu, geschossen zu haben, will jedoch in entgegengesetzter Richtung nur einige Schrotkugeln abgegeben haben, mit denen er den Feldhüter einschüchtern wollte. Vor allem will er auch nicht an der Fundstelle

der Leiche mit dem Feldhüter Franz zusammengetroffen sein, sondern an viel weiter entfernter Stelle.

Die Polizei, die noch mit der restlichen Aufklärung beschäftigt ist, erbittet Zeugenaussagen, die dieses fast 8 Jahre zurückliegende Verbrechen betreffen, nach Zimmer 424 des Polizeipräsidiums.

Bischdorf. Die Gemeindevorstandswahl muß wiederholt werden. In der Gemeindevorstandswahl am 17. Dezember 1928 fand hier die Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen statt. Der frühere Gemeindevorsteher, Stellenbesitzer Bruno Geyger, wurde wiedergewählt. Zur Schöffenwahl waren zwei Vorschläge eingereicht; es wurde Gutsbesitzer Dr. Wallmann zum ersten und ersten und Gutsbesitzer Reichelt zum zweiten Schöffen, durchs Los (weil 4 zu 4) zum zweiten Schöffen, als Ersatzschöffe Stellenbesitzer Alexander gewählt. Der Schulvorstand sollte nach Ansicht der aus Zentrum und Deutschen Nationalen zusammengesetzten Bürgerpartei derselbe bleiben, womit die Sozialdemokraten nicht einverstanden waren. Bei der Wahl wurden die Genossen Schmalbauer und Janke für den Schulvorstand bestimmt. — In der Sitzung vom 23. Januar wurde jedoch bekanntgegeben, daß der Landrat die Wahl der Gemeindevorsteher nicht befähigt, weil am 17. November 1928 bei der Gemeindevorstandswahl 12 Gemeindevorsteher gewählt worden waren, aber nur neun Vertreter zulässig gewesen seien. Daher müssen am 1. Februar die Wahlen des Gemeindevorstehers und der Schöffen nochmals vorgenommen werden, was aber dasselbe Resultat ergeben dürfte, zum Aerger der Bürgerlichen.

Groß-Wartenberg. Aus der Gemeinde. In der Gemeindevorstandswahl am vergangenen Freitag wurde die neu gewählte Schöffen durch den Amtsvorsteher vereidigt und in ihre Ämter eingeführt.

Erwerbslosenversammlung. In der von der SPD. am 24. Januar einberufenen Erwerbslosenversammlung, welche einen starken Besuch aufzuweisen hatte, referierte Genosse Schiffer über die neueren Bestimmungen des Erwerbslosenversicherungsgesetzes. In der anschließenden Diskussion, bei welcher alle Wünsche, Klagen sowie Wünsche der Groß-Wartenberger Erwerbslosen zutage traten, wurde Genosse Schiffer beauftragt, bei dem Präsidenten des Landesamtes vorstellig zu werden und folgende Anträge zu unterbreiten: 1. Die dreimalige Kontrolle in Breslau sowie die Auszahlung der Unterzahlung nach der hiesigen Gemeinde zu verlegen. Die Bereitwilligkeit der Gemeinde, diese Arbeit übernehmen zu wollen, wurde von einem Vertreter der Gemeinde zugesichert. 2. Die Bearbeitung der Anträge in kürzerer Zeit abzuwickeln. 3. Die Familienunterstützung auf alle die Berufsgruppen auszudehnen, wie es im Stadtkreis Breslau der Fall ist.

Wilzen. Generalversammlung der SPD. In unserer Jahres-Hauptversammlung gab der Genosse Kojec den Geschäfts- und Kassenbericht, worauf die Neuwahl der Ortsgruppenleitung vorgenommen wurde und folgendes Resultat ergab: 1. Vorsitzender Genosse Kojec und 2. Vorsitzender Genosse Pohl. Da der gewählte Kassierer sein Amt nicht wieder annahm, wurde Genosse Krukowski vorgeschlagen und gewählt. Schriftführer ist Genosse Schodrot. Es folgte ein kurzes Referat des Genossen Schiffer. Bei Behandlung örtlicher Angelegenheiten wurde die Aussprache sehr heftig, da ein Genosse in einer Gemeindevorstandswahl gegen die anderen Genossen stimmte und so den Bürgerlichen zum Gemeindevorsteher verholfen hatte. Um 21,30 Uhr schloß der wieder gewählte Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die Partei die Versammlung.

Stein. Generalversammlung der Partei. In unserer Generalversammlung am 11. Januar erstattete Genosse Scheller den Geschäfts- und Kassenbericht. Für seine erfolgreiche Arbeit sprach ihm die Versammlung den Dank der Partei aus. Anschließend wurde beantragt und beschlossen, die Mitglieder Geyger und Frühau wegen parteiunwürdigen Verhaltens bei der Gemeindevorstandswahl aus der Partei auszuschließen. Genosse Schiffer behandelte hierbei kurz die grundsätzlichen Linien der sozialdemokratischen Gemeindepolitik. Die Vorstandswahl hat folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Maiwald, 2. Vorsitzender Linvogl, Kassierer Linvogl, 2. Kassierer Kolander, Schriftführer Arthur Maiwald, Revisoren Salaske und Schwede. Ferner wurden zur Generalversammlung des Unterbezirks die Genossen R. Hermann, K. Gaffling, Genossin Anna Maiwald und Genossin Gumstorf delegiert. Die Genossen aus Lausitz stellten den Antrag, daß Lausitz als selbständige Ortsgruppe konstituiert werde. Dem Antrage wurde stattgegeben. Am 7. Februar wird in Lausitz im Beisein des Genossen Schiffer die Neugründung vor sich gehen.

Neumarkt. Sitzung des Ortsausschusses. In der Sitzung des Ortsausschusses Neumarkt des AGS. vom 23. Januar konnte der Kassenbericht noch nicht gegeben werden, da einzelne Gwerkschaften für das letzte Vierteljahr noch nicht abgerechnet hatten. Nachdem der Schriftführer die Niederschrift der letzten Versammlung, welche ohne Widerspruch genehmigt, verlesen hatte, gab Kollege Hahnheiser den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß der Ortsausschuß im verfloßenen Jahre in 11 Vollsitzungen und 3 Vorstandssitzungen zusammen kam. In 7 Sitzungen wurden Vorträge einzelner Redner aus Breslau über verschiedene Themen gegeben. Um das gwerkschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen, wurde im vergangenen Jahre wieder ein Gwerkschaftsfest abgehalten, welches sich großer Beteiligung erfreute. Zum Schluß des Jahresberichts sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, daß auch in diesem Jahre der Ortsausschuß sich weiter aufwärts entwickeln möge. Auf Antrag aus der Versammlung heraus wurde der 5. Punkt an 4. Stelle gesetzt. In der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorsitzende, Kollege Hahnheiser, mit Stimmenmehrheit wiedergewählt. Er dankte für das Vertrauen der Kollegen und versprach weiter seine Kräfte dem Ortsausschuß zur Verfügung zu stellen. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden alle einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand wurde noch etwas erweitert, indem ein stellvertretender Kassierer, Kollege Rudolph und ein stellvertretender Schriftführer, Kollege Klein, gewählt wurden. Unter „Verlesenen“ kamen noch einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache und gegen 23 Uhr konnte der Vorsitzende die sehr rege verlaufene Versammlung schließen.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 7, Carlshaus (Neumarkt), Zimmer 113-114  
Telefon 4000, 2061  
Geöffnet von 4-11 und 16-19 Uhr

Zuschüsse. Dienstag, den 28. Januar, 19 Uhr: Generalversammlung bei Franke, Redner: Genosse Schiffer.

Zielewit. Mittwoch, den 29. Januar, vormittags 9 Uhr: Erwerbslosen-Versammlung. Redner: Parteisekretär Schiffer. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Reitenborst. Sozialistische Arbeiterjugend. Heute, Dienstag, 20 Uhr, in der Turnhalle: Funktionärs-Sitzung. Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, sind wir zu einem guten Besuche im Heim.

Kriegwitz. Donnerstag, den 30. Januar, 19 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Stellmach. Redner: Genosse Schiffer.

# Bei Aufspringen der Hände

Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unsichtbare matte Creme wundervoll kühlend wirkt bei Juckreiz der Haut und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft gleicht einem laurischen gepflückten Frühlingsstrauch von Veilchen, Magdalenen und Flieder, ohne jenen bedrückenden Mostusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Creme Leodor: Tube 60 Pf., große Tube 1 Mk. — Leodor-Edel-Seife: Stück 50 Pf. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. und des Gesichtschmerzhaftem Brennen sowie Rote und Juckreiz der Haut, unschöner Hautfarbe und Teintfehlern verwendet man am besten die sanftweiße, fettfreie, glyzerinhaltige Creme Leodor, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehme

**Rat und Auskunft für Erwerbslose**  
erteilt die Erwerbslosenkommission der SPD, Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 17, Sprechstunden von 9 bis 11 Uhr vormittags jeden Tag außer Sonnabend und Feiertag. Bei Anfragen von auswärtig wird gebeten, Rückporto beizulegen. Schriftsätze werden gleichfalls angefertigt.

**Segnalberatung, Neue Taschenstraße 25 II**  
Sprechstunden jetzt Dienstag und Donnerstag 15.30 bis 20.30 Uhr. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsberatung usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben nicht erforderlich.

**Ausschuh für Arbeiterwohlfahrt**  
Die Sprechstunden finden jeden Dienstag und Donnerstag von 10-12 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10 und 1. Stock, statt. Auskunft in allen Fragen der Wohlfahrtspflege.

**Konzerte / Theater / Vergnügungen**  
Stadtheater, Dienstag 20 Uhr 11. Abonnementsvorstellung der Serie I "Die Bohème". Mittwoch 20 Uhr 11. Abonnementsvorstellung der Serie II "Der Mozart-Oberst" mit der Musik von Vorking. Donnerstag 20 Uhr "Die Weibha". Freitag 20 Uhr 11. Abonnementsvorstellung der Serie III "Der Liegende". Samstag 19.30 Uhr 11. "Wasser ist dagegen sehr!"  
Theater, Dienstag 19.30 Uhr, zum letzten Male "Die andere Seite". Täglich 20.15 Uhr "Trojaner".

**Opernhaus, Das Schauspiel Ernst Jodel und Walter Jankuhn**  
bis 4. Februar, ab dem 7. Februar, die Eröffnung von Ernst Jodel, das Schauspiel "Wald" mit Ernst Jodel und Walter Jankuhn. Mittwoch, 29. 1. 1930, "Der 9. Luben" mit Ernst Jodel und Walter Jankuhn.

**Waldtheater, In der am Sonnabend 1. Februar, 20 Uhr, Kollwitzwerk**  
Premiere des ersten halbmonatigen Jahresprogramms, das sehr internationalen Charakter aufweist, hat der Vorverkauf begonnen.

**Sirkus Daja, Der Tag wird näher und näher, der 2. Februar**  
an dem zum letzten Male in Breslau der Sirkus Daja seine Tere geöffnet hat. Was der Sirkus Daja in seinem gewaltigen Lichtprogramm bietet an artistischer, origineller Kunst und an toller, starker Arbeit, das wird man in Breslau nie wieder zu sehen bekommen. Verfügen Sie daher nicht die unüberwindliche Gelegenheit, die Ihnen in den "Waldtheater" mit seinen Wasserfällen, dem Feuerregen aus der Hirschkuppel mit jeder neuen hohen Wirtin, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag 19.30 Uhr ganz kleine Preise bei großem Programm.

Auf nach der

# Schmiedebrücke

Wir sind und bleiben  
das Haus der  
guten Stapel-Qualitäten  
die billige Bezugsquelle  
für sämtliche Bedarfsartikel

In der großen  
**Konfektions-Etage**  
2000 Stück  
**Kleider und Mäntel**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster



Im Erfrischungsraum: Künstlerkonzert

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Breslau**

Am Mittwoch, dem 20. Januar 1930, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (Margaretenstr. 17, gr. Saal) die

## Generalversammlung

statt.

1. Geschäftsberichte
  - a) des Vorstandes
  - b) des Geschäftsführers
  - c) des Kassierers
  - d) des Arbeitsausschusses
2. Satzungsberatung
3. Neuwahl des Vorstandes
4. Wahl der Delegierten zum Mittelschlesischen Bezirkstag
5. Verschiedenes

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches

Der Vorstand  
Praciel Rogall

Ein neuer **Hodann** erschienen!

# Onanie

weder Laster noch Krankheit

brochliert 180 Leinen 250

Volkswacht - Buchhandlungen:  
Friedr.-Wilh.-Str. 103, Neue Graupenstr. 5  
Flurstraße 4/6

**Zuckerkrankhe**

Wie Sie Ihren Zucker los und wieder arbeitsfähig werden, teile ich jedem Kranken unentgeltlich mit. *Janaj*

Fr. L. S. W., Waldorf M. 69 (Hess.)

**Steppdecken**  
eigeln u. paarweise fast zur Hälfte des Preises zu vert.  
Friedländer, Sonnenstr. 30

Veisweisse  
**Frei-Rod- u. Smoking-Anzüge**  
nur neueste Fassions  
**C. P. Pätzold**  
Königsstraße 718, I.  
Röhling - Ausst. ant.

**Unreines Gesicht**  
Pickel, Mitesser werden in wenigen Tagen durch das Teintverschönerungsmittel Venus (Stärke A) Preis Mk. 2.75 unter Garantie beseitigt. Gegen Sommerprossen (Stärke B) Preis Mk. 2.75. Nur zu haben Naschmarkt-Apothek "Zum goldenen Hirsch", Inh.: Ernst Serve, Breslau, Ring 44. 50

## Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank.

1. Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung wegen einer zweiten Ausschüttung machen wir folgendes

**Sonderangebot:**  
Um denjenigen Pfandbriefgläubigern, die eine sofortige Gesamtabfindung wünschen, dazu behilflich zu sein, bieten wir ihnen gegen Einlieferung der Anteilscheine mit Ratenscheinen Nr. 1 und 2 zu einem Liquidations-Gold-Pfandbrief 7% in 4 1/2% Liquidations-Gold-Pfandbriefen und 1% in bar

— insgesamt also 8% —

an, Es entfallen auf jeden Anteilschein zu einem Liquidations-Gold-Pfandbrief mit Ratenscheinen Nr. 1 und 2

über GM 5.000.—	GM 3.500.—	4 1/2% Gold-Pfandbriefe und RM 500.— in bar
2.000.—	1.400.—	200.—
1.000.—	700.—	100.—
500.—	350.—	50.—
200.—	140.—	20.—
100.—	70.—	10.—
50.—	30.—	10.—

Auf die Anteilscheine zu den Gold-Pfandbrief-Zertifikaten mit Ratenscheinen Nr. 1 und 2 erhält der Einreicher 4% in bar und 7% in Liquidations-Gold-Pfandbriefen.

Spitzenbeträge, die sich für die Anteilscheine zu den Liquidations-Gold-Pfandbriefen und Zertifikaten zusammengerchnet in Liquidations-Gold-Pfandbriefen oder Zertifikaten nicht darstellen lassen, werden in bar ausgezahlt. Wer von diesem Angebot Gebrauch zu machen wünscht, hat dies uns oder einer anderen der in der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken zusammengeschlossenen Banken,

- der Deutschen Hypothekenbank in Meiningen,
- der Frankfurter Pfandbrief-Bank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M.,
- der Leipziger Hypothekenbank in Leipzig,
- der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin,
- der Norddeutschen Grund-Credit-Bank in Weimar,
- der Preussischen Boden-Credit-Aktien-Bank in Berlin,
- der Westdeutschen Bodenkreditanstalt in Köln

bis zum 30. April d. J.

bei gleichzeitiger Einreichung der Anteilscheine mit Ratenscheinen Nr. 1 und 2 schriftlich zu erklären. Formblätter sind bei der unterzeichneten Bank und sämtlichen Banken der Gemeinschaftsgruppe erhältlich.

Zur Prüfung der Legitimation der Einreicher sind wir berechtigt, aber nicht verpflichtet.

2. Um den Inhabern der Anteilscheine weiterhin besondere Vorteile zu verschaffen, sind wir bereit, bei Einlösung der Anteilscheine mit Ratenscheinen Nr. 1 und 2 unsere neu auszugehenden 8%igen Gold-Pfandbriefe Em. XXII zu einem Vorzugskurs von 95% abzugeben. Die Pfandbriefe der Emission XXII sind in Stücken von GM. 50.— an erhältlich, mit Januar/Jul-Zinsscheinen ausgestattet und ab 1. Juli 1930 verzinslich. Die Stückzinsen vom 15. Februar bis zum 30. Juni d. J. sind im Vorzugskurs verrechnet. Die Rückzahlung erfolgt ausschließlich im Wege der Auslösung zu 100%, die mit jährlich mindestens 1% der ursprünglichen Emission ab 1936 erfolgen und bis 1959 beendet sein muss. Im übrigen erhält die Emission, die an der Berliner und Breslauer Börse baldmöglichst zur Einführung gelangen wird, die gleiche Ausstattung wie die bereits an der Berliner und Breslauer Börse mit 96.50% notierte Emission XXI. Soweit der zur Ausschüttung gelangende Darbetrag bei dem einzelnen Empfänger den Preis des gewünschten Pfandbriefes nicht erreicht, ist der Empfänger berechtigt, die Differenz zuzuzahlen. Von diesem Sonderangebot kann nur bis zum 15. April 1930 Gebrauch gemacht werden. Werden die Erklärungen und die erforderlichen Darzahlungen nicht gleichzeitig mit der Einreichung der Anteilscheine vorgenommen, so hat der Einreicher keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

Breslau, den 25. Januar 1930.  
**Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank**  
Dr. Müller, v. Fuchsberg



Ein Märchen scheint es aller Welt,  
Was man jetzt für sein Geld erhält,  
Selbst für die wenigsten Moneten  
Die guten Mamlok-Qualitäten,  
Ob für die Frau, ob für den Mann,  
Das Richtige trifft jeder an.

## Inventur-Ausverkauf

vom 29. Januar bis 5. Februar

- Damen-Hemden . . . . 125
- Damen-Hemdosen 180
- Damen-Nachthemd. 190
- Damen-Unterkleid farbig 190
- Bettbezug Linon mit 2 Kissen 80/80 cm 7 90
- Bettbezug Linon mit 2 Kissen 80/100 cm 8 50
- Bettbezug gestickt, Kissen 80/80 cm 10 60
- Bettlaken Creas oder Dowlas 130/200 cm 3 —
- Bettlaken Halbleinen, 130/200 cm 4 20
- Tischtücher vollweiß, derbe Qualität, 130/160 cm 2 90
- Tischtücher Jacquard, vollgebleicht 125/150 cm 3 80
- Servietten passend 55/55 cm .75
- Handtücher weiß Gerstenkorn, 46/100 cm .70
- Handtücher Weißleinen Jacquard, 46/100 cm .95
- Küchenhandtuch 45/100 cm .50
- Küchenhandtuch Reinleinen, 48/100 cm .75
- Frottierhandtuch bunt gemustert, 48/100 cm .85
- Schürzen gestreift, waschecht, gestreift Water .75
- Kinderhänger bunt Indanthren Gr. 50 cm .95
- Hauskleid waschecht Zefir . . . . 2 25
- Herr.-Hemden Wäschetuch-Brustfalten . . . . 2 90
- Herr.-Oberhemden weiß Trikotii-Einsatz und Manschetten 4 75
- Herr.-Nachthemden alle Formen, waschecht bes. . . . 3 80
- Herr.-Normalhemd. wollgemischt . . . . 2 60
- Herr.-Eins.-Hemden kräftig, Trikot . . . . 1 95

Auf nicht herabgesetzte Waren **10%**

**J. Mamlok**  
Kupferschmiedestr. 42

Zu den politischen Wirren in Jugoslawien:  
Hermann Wendel Aus und über  
**Südslawien** brosch. 0.50  
Volkswacht-Buchhandlungen: Neue Graupenstr. 5, Flurstr. 4  
Friedrich-Wilhelm-Str. 105